Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 568. Mittag-Ausgabe. Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Mittwoch, den 4. December 1867.

Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 3. December.

10. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung 10¼ Uhr. Die Tribünen sind fast leer, am Ministertisch Frhr. v. d. Heydt und v. Selchow mit mehreren Commissaren.

Das Haus tritt sofort in die Vorberathung des Staatshaushalts-Etats für 1868 ein und zwar zunächst des Etats der Domänen, der einen Theil des Etats des Finanzministeriums bildet. Die Einnahmen aus den Domänen betragen 9,590,850 Thlr., 111,811 Thlr. mehr als im Jahre 1867 und setzen sich zusammen aus grundherrlichen Hebungen und Hebungen von veräußerten Domänen-Objecten 2,084,470 Thlr., Domänen-Amortisations-Renten 2,013,291 Thlr., dem Ertrag von Domänen-Grundstücken, Capitalien und dem Vernsteinregal 5.483,979 Thlr., Festungs-Revenüen 32,265 Thlr, sonstigen Einnahmen 21,845 Thlr. Davon entfallen auf die neuen Landestheile: Provinz Hannover 1,704,820 Thlr., Reg.-Bezirk Kassel 383,500 Thlr., Reg.-Bez. Wiesbaden 862,820 Thlr., Schleswig 485,890 Thlr., Holstein 486,750 Thlr. (11,428 Thlr. Beitrag der Homburger Kurhaus-Pacht-Gesellschaft zur Bildung eines Kur-Sustentationsfonds für die Stadt Homburg).

Die Ausgabe der Domänen-Verwaltung beträgt 2,145,770 Thlr., 10,589 Thlr. weniger als im Jahre 1867 und setzt sich vorzugsweise zusammen aus Besoldungen und sonstigen Kosten der Verwaltung 508,767 Thlr., der Ortspolizei-, der geistlichen und Schul-Verwaltung 164,654 Thlr., Passiv-Renten und Abgaben 226,964 Thlr., Unterhaltung der Domänen-Gebäude, Wege-, Brücken-, Ufer- und Wasserbauten 678,432 Thlr., vermischte Ausgaben 428,194 Thlr. Von der Gesammtziffer der Ausgaben entfällt auf die alten Landestheile 801,680 Thlr., dagegen auf die neuen 1,344,090 Thlr., und zwar: Provinz Hannover 563,850 Thlr., Reg.-Bez. Kassel 175,770 Thlr., Reg.-Bez. Wiesbaden 458,630 Thlr., Schleswig 53,530 Thlr., Holstein 92,310 Thlr. Unter den Beamten in Hannover werden aufgeführt 3 Kammerconsulenten à 1550 bis 1750 Thlr., 5 Kammer-Deconomiebeamte von 150 bis 500 Thlr., 35 Moorvögte und Aufseher à 5—600 Thlr., im Reg.-Bez. Kassel 14 Beamte der Badeanstalten bis 600 Thlr., im Reg.-Bez. Wiesbaden 76 Beamte der Weinbergs-, Badeanstalten- und Mineralbrunnen-Admistration bis zu 1200 Thlr., in den Herzogthümern 18 Schloßverwalter bis 600 Thlr.

Von den Mehrausgaben sind zu erwähnen: Erhöhung des Fonds zur Unterhaltung der Gebäude, Wege, Brücken um 36,051 Thlr. bis zur Höhe von 200,000 Thlr. mit Rücksicht auf die Steigerung der Materialpreise und Arbeitslöhne und die zunehmende Einzelverpachtung, die mehr Einrichtungsbauten verlangt; 4500 Thlr. mehr zur Unterhaltung des Thiergartens bei Berlin, 50,000 Thlr. zu den Kosten der Erhaltung der nicht ausschließlich zur Benutzung Sr. Majestät des Königs bestimmten Schlösser und Gärten in der Provinz Hannover, die einen Ertrag von 7000 Thlr. liefern.

Der Ueberschuß aus den Domänen beträgt pro 1868: 7,445,080 Thlr., um 122,400 Thlr. mehr als im v. J., davon entfallen auf die Domänen in den alten Landestheilen 4,865,390 Thlr., in den neuen 2,579,690 Thlr., darunter 1,140,970 Thlr. in der Provinz Hannover.

Die Commissarien des Hauses für diesen Etat sind die Abgg. von Zander, Rothe, Francke und Duncker.

Die Generaldiscussion wird eröffnet und es werden von derselben vorzugsweise die folgenden Anträge von allgemeinerem Inhalt berührt:

Von den Abgg. Francke, v. Zander und Duncker sind folgende Anträge eingebracht:

I. Die Regierung aufzufordern, dem nächsten Staatshaushalts-Etat eine specielle Nachweisung der einzelnen Domänen-Aemter und Vorwerke, welche das Areal, die Dauer des Pachtvertrages und den Pachtpreis oder die sonstigen Ertragsverhältnisse ersichtlich macht, sowie eine summarische Nachweisung der nicht zu den Vorwerken gehörenden kleineren Grundstücke und der Mühlen, Fischereien, Seen, Mineralbrunnen, Badeanstalten ꝛc. nebst dem davon aufkommenden Einkommen beizufügen.

II. Die Regierung aufzufordern:

1) Wie in den alten Landestheilen bereits geschieht, so auch in den neuerworbenen Landestheilen, kleine zerstreut im Lande belegene Domanial-Grundstücke, die mit Winterdeichen bereits geschützten Köge und die Außen-Deichländereien, sobald solche mit Winterdeichen versehen und, ferner die administrirten und die in Zeitpacht gegebenen Mühlen, sonstige Domanial-Gerechtigkeiten und Betriebe, desgleichen entbehrliche DomanialGebäude und die zu den Domänen gehörenden Landseen und Teiche, allmälig unter Berücksichtigung der Conjuncturen, so weit nicht besondere staatliche Interessen entgegenstehen, für Rechnung der Staatskasse in öffentlicher Licitation veräußern zu lassen.

2) Für die neuen Landestheile, so weit nicht schon ausreichende gesetzliche Bestimmungen in dieser Beziehung bestehen. Behufs Ablösung des Canons von Erbpachten und der grundherrlichen Hebungen, mit Ausschluß der in denselben inbegriffenen Grundsteuern, dem Landtage den Entwurf eines Ablösungsgesetzes vorzulegen.

Abg. v. Hoverbeck beantragt am Schluß der vorstehenden Nr. 2 hinzuzufügen „und die Erträge zur Tilgung der Staatsschulden zu verwenden“.

Alle sonstigen Anträge finden eine geeignetere Stelle bei der Special-Discussion der einzelnen Positionen.

Reg.-Commissar Geh. Finanzrath Dreßler weist die Veränderungen in der Domänenverwaltung durch den Zutritt der Domänen aus den neuen Landestheilen, sowie dadurch nach, daß bei der Aufstellung des Etats mehrfach andere Grundsätze angewendet sind, durch Absetzungen, Uebertragungen auf andere Positionen und andere Etats ꝛc. In Hannover seien die Pachtbedingungen wesentlich verschieden gewesen von den preußischen, und namentlich in Bezug auf die Bauverpflichtung der Pächter diesen erheblich günstiger; die Verpachtung sei in Hannover bisher ohne Licitation geschehen, mit Ausschluß jeder Concurrenz, während in den alten Provinzen stets eine öffentliche Licitation stattfinde. Der Erfolg rechtfertige entschieden dieses letztere Verpachtungsprincip, da in den alten Provinzen fortdauernd eine erhebliche Steigerung des Pachtzinses sich zeige. Das Princip solle deshalb künftig auch in den neuen Landestheilen zur Anwendung kommen. Nur in einzelnen Fällen, in denen die bisherigen Verwaltungsbehörden den Pächtern gegenüber schon gebunden waren, sei der Abschluß des Vertrags nach dem bisherigen Modus geschehen. In den anderen Fällen habe man die Pachtungen nur auf 1 Jahr prolongirt, um die Ueberleitung in den neuen Verpachtungsmodus dann vorzunehmen. — Bei einzelnen Titeln gab Redner sodann noch folgende Erläuterungen: Unter den Einnahmen Tit. 1 (Grundherrliche Hebungen) zeigt sich in den alten Provinzen ein Ausfall, der aus Ablösungen von Renten ꝛc. herrührt; der Ausfall in den neuen Provinzen schriebe sich daher, daß in Schleswig-Holstein ein Theil der die Steuern vertretenden stehenden Gefälle aufgehoben sei in Folge der Einführung der Gebäude- und Gewerbesteuer. — Bei den Ausgaben im Extraordinarium motivirt Redner den Satz von 30,000 Thlr. zu Bauten damit, daß der früher ausgesetzte Baufonds unzulänglich gewesen sei; dafür sei in diesem Titel in den neuen Landestheilen (Hannover) eine Ersparniß von 20,000 Thlr. gemacht worden, die für den Bau neuer Obergerichtsamtmanns-Gebäude ausgesetzt gewesen wären.

Die Generaldiscussion wird eröffnet.

Abg. Duncker bittet um Entschuldigung, wenn es ihm unmöglich sei, die theilweise sehr verwickelte und umfangreiche Materie gründlich genug zu behandeln; dies sei aber auf dem vom Hause gewählten Wege der Vorberathung unmöglich, hierzu gehöre vielmehr eine gründliche Commissionsberathung, wie sie früher stattgehabt. Und diese gründliche Berathung gerade habe sehr viel zur Steigerung der Einnahmen beigetragen, indem es nur dadurch möglich gewesen sei, neue Principien bei der Verwaltung der Regierung zu empfehlen, denen dieselbe auch in dankbarer Weise mit gutem Erfolge nachgekommen sei. — Redner empfahl sodann die von den Special-Commissarien (Francke, Duncker, v. Zander) gestellten Anträge, zunächst den, der verlangt, daß die Regierung dem Landtage mit dem nächsten Staatshaushalts-Etat ein vollkommenes Inventar über den Besitzstand der Domänen vorlegen solle. Er motivirt denselben 1) durch den Zutritt der Domänen aus den neuen Landestheilen; 2) damit, daß nur so zu sehen sei, ob die Einnahmen auch dem wirklichen Besitzstande entsprechen; 3) damit nichts vom Inventar verloren gehe; 4) damit der Landtag die Möglichkeit habe, auch im Einzelnen auf die Erhöhung der Einnahmen hinzuwirken; 5) damit dem Landtage die Möglichkeit gewährt werde, zu beurtheilen, ob es räthlich sei, daß der Staat in so großer Weise Landwirthschaft betreibe, oder ob es besser sei, die Domänen zu veräußern; 6) mit Rücksicht auf eine bessere Controle von Seiten der Volksvertretung. — Redner fuhr dann fort: Es steht bisher in Preußen gesetzlich fest, daß alle regelmäßigen Einnahmen und Veräußerungen aus der Domänen-Verwaltung zur regelmäßigen Verzinsung und Tilgung der Staatsschulden verwandt werden sollen, während in den Staatsschatz nur Ueberschüsse aus der laufenden Verwaltung und zufällige Einnahmen fließen sollen. Ich halte es deshalb für natürlich und nothwendig, daß dasselbe Princip auch bei den Domänen der neuen Provinzen zur Anwendung komme.

In den Beilagen zum Etat finde ich aber eine Bemerkung, wonach solche Einnahmen zunächst in den Staatsschatz fließen sollen. — Das halte ich für nicht richtig, es ist vielmehr nothwendig, auch hierin eine Comformität mit den in den altpreußischen Provinzen geltenden gesetzlichen Bestimmungen herzustellen. — Das Verlangen rechtfertigt sich auch aus allgemeinen finanziellen Rücksichten. Bisher veräußerte man Domänen nur dann, wenn die aus dem Erlös zu erwartende Capitalsrente den Pachtzins übertraf. Legen wir aber das dafür erworbene Geld in den Staatsschatz, so bekommen wir gar keine Zinsen davon; es geht also ein Theil der Staatseinnahmen zu Ungunsten der Steuerzahler verloren, was vermieden wird, wenn man das Geld zur Schuldentilgung verwendet. — Auch der nothwendigen Controle halber ist dies durchaus nöthig, da sonst, wenn das Geld in den Staatsschatz gelegt wird, verschiedene Einnahmen nicht specialisirt im Etat erscheinen werden. — Aus diesen Gründen bin ich der Ansicht, daß die Regierung schon jetzt die Verpflichtung hat, die Domänen in jeder Beziehung ganz so zu behandeln, wie die altländischen, und daß das Abgeordnetenhaus das dringende Interesse hat, bei jeder Gelegenheit darauf zurückzukommen; dies wird nun sehr bald möglich werden, bei der Berathung über das Staasschuldenwesen der neuen Provinzen. — Was nun die Frage betrifft, ob es wünschenswerth sei, Veräußerungen von Domänen in größerem Maßstabe vorzunehmen, so muß ich dieselbe entschieden bejahen. Man wird mir entgegenhalten den so erheblich von Jahr zu Jahr gesteigerten Ertrag der Domänen. Diese Ziffer entspricht aber noch lange nicht dem wirklich volkswirthschaftlichen Werthe der Güter. Wäre der Güter-Complex in Privathänden und parcellirt, so würde der Gesammtertrag ein bedeutend größerer sein. Schon deshalb dürfte es sich empfehlen, im künftigen Jahre dieser Frage etwas näher zu treten. Schon 1849 hat man ernsthaft daran gedacht; seitdem haben sich aber die Verhältnisse noch sehr zu Gunsten meiner Ansicht geändert.

Damals war nämlich der Domänenbesitz das einzige große Besitzthum des Staates; seitdem aber ist der Staat im Besitze anderer Domänen, die noch rentabler sind, der Eisenbahnen. — Ein Fehler bei der Domänenverpachtung ist noch der, daß die Verpachtungen in zu großen Complexen geschehen; da zur Bewirthschaftung derselben außerordentlich große Betriebs-Capitalien erforderlich sind, ist der Kreis der Pächter, die concurriren, natürlich ein sehr beschränkter, der Pachtzins fällt also geringer aus. Es ist deshalb jedenfalls wünschenswerth, daß die Verpachtung künftig in kleineren Parzellen geschieht. — Ein noch besseres Resultat würde erreicht werden, wenn die Domänen überhaupt parzellirt und verkauft würden. Es würde dadurch eine große Anzahl kleiner selbstständiger Besitzer geschaffen, was entschieden ein sehr vortheilhafter Erfolg in volkswirthschaftlich socialer Beziehung sei. — Ein weiterer Grund sei der, daß es überhaupt wünschenswerth sei, die Staatsindustrie soweit wie möglich zu beschränken, da die eigene Selbstentwickelung des Volkes dadurch nur gehemmt werde. Ich gehöre, fuhr Redner fort, durchaus nicht zu denjenigen, welche wünschen, daß der Staat Alles so gehen lasse, wie es geht. Nein, der Staat kann und soll durch eine weise Gesetzgebung auf die Verhältnisse der arbeitenden Klassen des Volkes viel einwirken. Die Verhältnisse der arbeitenden Klassen wird der Staat aber am besten dadurch mit fördern, wenn er bei dem Kampf der widerstreitenden wirthschaftlichen Interessen selbst seine Hände aus dem Spiel läßt und nicht selbst als feindlicher Concurrent auftritt. Der Staat soll nicht selbst Gutsherr und Domänenverwalter sein; es würde vielmehr im Interesse aller Staatsangehörigen liegen, wenn die Zahl der selbständigen freien Bauern vergrößert würde. (Beifall links.)

Abg. v. Vincke (Olbendorf): Ich spreche meine Freude darüber aus, daß die Staatsregierung bei der Verpachtung der Domänen in den neuen Provinzen dieselben Principien zur Anwendung kommen lassen will, wie in den alten; denn es wurden früher, gerade aus Hannover viele Klagen laut, daß die Domänen sich nur in den Händen weniger begünstigter Familien befinden. — Gegen den Abg. Duncker muß ich jedoch bemerken, daß ich es nicht für wünschenswerth halten würde, wenn der Staat die größeren Domänen aus seinen Händen geben wollte; denn der Grundbesitz befindet sich in steigender Entwickelung. Das wünsche ich allerdings auch, daß die Domänen nicht mehr in so großen Complexen verpachtet werden. Geschieht die Verpachtung in kleineren Parzellen, so wird derselbe Zweck erreicht, den Herr Duncker durch den Verkauf nach Parzellirung erreichen will: die Herstellung kleinerer selbstständiger Bauern.

Finanzminister v. d. Heydt: Die Regierung beabsichtigt durchaus, bei der Domänenverwaltung in den neuen Landestheilen ganz dieselben Grundsätze zur Anwendung zu bringen, die bisher für die alten Provinzen maßgebend waren. Bei dem Uebergange in den neuen Zustand waren jedoch fürs Erste noch verschiedene Abweichungen nöthig, die später vermieden werden sollen. Dem Wunsche, die Verpachtung in kleineren Parzellen vorzunehmen, ist die Regierung schon seit längerer Zeit bemüht gewesen, nachzukommen. Die vom Abg. Duncker angeregte Frage, ob es empfehlenswerth wäre, die Domänen in größerem Maßstabe zu veräußern, ist eine sehr wichtige, die von so vielen Verhältnissen und Erwägungen abhängt, daß ich wünschen möchte, daß heute noch nicht näher darauf eingegangen werde.

Abg. Windthorst (Hannover): Mehrere der Herren Vorredner haben die Erklärung der Staatsregierung, daß künftig auch in Hannover bei der Verpachtung der Domänen die öffentliche Licitation in Anwendung kommen solle, mit Befriedigung aufgenommen, ich nicht. Denn wir haben uns bei der bisherigen Methode in Hannover sehr wohl gestanden. (Mehrfacher Ruf: Das glauben wir wohl!) Die Erträge aus den Domänen sind von Jahr zu Jahr gestiegen; die Domänen sind in ihrem Bestande wohl erhalten geblieben; es hat sich außerdem jene gewisse Stetigkeit in der Bewirthschaftung derselben herausgestellt, die für die arbeitenden Klassen von großem Nutzen war. Ich meine, daß der financielle Grund, daß durch eine Methode ein noch höherer Ertrag erzielt wird, nicht allein maßgebend sein dürfte, sondern daß man mehr Rücksicht nehmen müßte auf die wesentlich conservativen Gesichtspunkte, die ich eben angedeutet habe. Einen bestimmten Antrag will ich nicht stellen. Ich will abwarten, ob man aus den Domänen bei der neuen Verpachtungsmethode dauernd solche Einnahmesteigerungen haben wird, ob die Domänen in solchem Zustande erhalten bleiben, wie sie jetzt sind, und ob die Arbeiter sich so gut dabei stehen, wie jetzt, oder ob sie nicht vielmehr mehr und mehr zur Maschine werden. — Der Herr Regierungs-Commissar hat gesagt, daß der Satz für den Neubau von Obergerichtsamtmannsgebäuden in Hannover weggefallen sei, da derselbe als nicht erforderlich bezeichnet wäre. Man hat also beseitigt, was in Hannover nach sorgfältiger Erörterung zwischen Regierung und den Ständen als nothwendig erkannt, man hat speciell den Neubau der Gefängnisse nicht für nothwendig gehalten, den man nach sorgfältiger Erwägung nach einem auf 10 Jahre hin festgestellten Plane für dies Jahr aufgestellt hatte, um auf diese Weise nach und nach zu einem guten und zweckmäßigen Zustande zu kommen. — Wenn das jetzt wegfällt, so bedaure ich es lebhaft. — Wenn man es allerdings für zweckmäßig hält, daß die Gerichtslocale in Wirthshäusern sind, dann kann man allerdings wohl solche Ersparnisse machen. Wenn man aber die Ueberzeugung hat, daß namentlich für die unteren Instanzen eine gewisse Ordnung geschaffen werden muß, dann kann ich nicht leugnen, daß die Erklärung des Herrn Regierungs-Commissars mir bedauerlich erscheint.

Finanzminister v. d. Heydt erwidert dem Abgeordneten Windthorst daß die Ersparniß an dem Domänenfonds in Folge des Wegfalles einer für den Bau von Amtsgebäuden in Hannover ausgesetzten Summe einfach daher komme, daß es in Preußen nicht Usus wäre, die Kosten für Gerichtsgebäude auf den Domänenetat zu übernehmen.

Abg. v. Hennig: Der Zweck des Abg. Windthorst kann unmöglich erreicht werden, wenn wir bei dem alten System der Verpachtung in Hannover bleiben. Grade, wenn die Domänenpächter gezwungen werden, höhere Pachtzinse zu zahlen, werden sie gezwungen, sich der Bewegung der modernen Landwirthschaft mehr anzuschließen und höhere Capitalien in den Boden hineinzustecken; dann werden auch die Arbeiter anfangen, sich besser zu stehen. Ich glaube gern, daß die jetzigen Pächter eine höhere Pacht für unmöglich erklären werden; das wird sich von selber ändern, sobald Concurrenten erscheinen. Wie der Abg. Duncker das Verhältniß der preußischen Domänen gänzlich auf die neuen Provinzen übertragen will, verstehe ich nicht. Man hatte in Preußen Anleihen aufgenommen gegen Verpfändung sämmtlicher Domänen; allein aus diesem Grunde wurde in dem Gesetze von 1820 die Bestimmung getroffen, daß sobald das Pfandstück verkauft wurde, auch der Erlös dafür sofort zur Schuldentilgung verwandt werden solle. In den neuen Provinzen hat aber eine Verpfändung der Domänen niemals stattgefunden, wir haben also gar keine Veranlassung zur Anwendung derselben Bestimmung auf die neuen Provinzen. Der Abg. Duncker meint, es wurde dadurch ein Theil der jährlichen Rente, die wir zur Schuldentilgung verwenden müßten, dem Volke erspart werden.

Es existirt ja aber in dem Gesetze von 1866 die Bestimmung, daß der Staatsschatz nicht eine Höhe von mehr als 30 Millionen erreichen dürfe. Da zu dieser Summe nur noch 3½ Million fehlen, so würde damit auch dieser Erlös einfach als Einnahme für den allgemeinen Staatshaushalts-Etat gelten und so auch zur Tilgung von Staatsschulden zu verwenden sein. — Den Grundsatz, daß das Volk viel besser mit dem Grundeigenthum zu wirthschaften versteht, als der Staat, theile auch ich; ob wir aber gerade gegenwärtig viel Veranlassung haben, auf den Verkauf der Domänen hinzuwirken, möchte ich stark bezweifeln. Wir haben, namentlich mit dem Verkauf von Parzellen, nicht besonders gute Erfahrungen gemacht. Ueberhaupt ist es sehr schwierig, derartige praktische Verhältnisse von so allgemeinen Grundsätzen aus zu betrachten; der einzelne Fall muß hier entscheiden.

Abg. Frhr. v. Hoverbeck: Der Abg. Duncker will, daß der Ertrag der veräußerten Domänen in den neuen Landestheilen zur Schuldentilgung verwandt werden soll; der Abg. v. Hennig ist zu meiner Ueberraschung dagegen, und entscheidet sich für einen meiner Ansicht nach durchaus verwerflichen Modus. Denn ich halte es für sehr bedenklich, das eigentliche Material des Staates, das Grundeigenthum, zu veräußern und mit dem Erlöse laufende Bedürfnisse zu befriedigen. Die Dotirung des Staatsschatzes ist schon reich genug, als daß wir dafür noch besonders sorgen müßten. Selbst wenn die erwähnte Verordnung der Regierung, die sie in Hannover erlassen hat, als Gesetz aufzufassen wäre, sind wir doch durchaus berechtigt, durch eine Bestimmung zum Etat der Sache eine andere Wendung zu geben. Beschließen Sie deshalb heute nichts, was ihr irgendwie präjudiciren könnte. Mit der Verpachtung der Domänen in möglichst kleinen Parzellen hat sich die Regierung zu meiner Freude einverstanden erklärt; ich wünschte, daß wo möglich jedes Vorwerk, sobald die nöthigen Bedingungen dazu vorhanden sind, besonders verpachtet wird.

Reg.-Commissar Dreßler erwähnt mit Bezug auf die Verpachtung in einzelnen Parzellen, daß im Jahre 1867 neun Domänen, zu denen Vorwerke gehörten, verpachtet seien. Davon seien zwei in einzelnen Theilen verpachtet, bei zwei anderen sei das Ausgebot zwar alternativ erfolgt, doch habe man nur ein Angebot auf das Ganze erlangt; bei den übrigen endlich sei eine Theilung überhaupt nicht rathsam gewesen.

Finanzminister v. d. Heydt: Die königliche Verordnung vom 5. Januar, die die Abgeordneten v. Hoverbeck und Duncker bemängelt haben, schließt sich genau an das in den alten Provinzen übliche Verfahren an. Außerdem wird bei der Aufstellung des Etats doch immer Rücksicht genommen werden müssen auf die bestehenden Gesetze.

Abg. v. Zander: Bei den bisherigen Budgetberathungen sind wesentliche Ausstände zum Domänenetat nie gemacht, dagegen sehr oft die gute und vortheilhafte Domänenverwaltung besonders anerkannt worden. Dies Anerkenntniß drängt sich uns bei diesem Etat ganz besonders gegenüber dem Etat der neuen Provinzen auf. — Redner berechnet, daß der Nettoertrag der preußischen Domänen pro Morgen auf 2 Thlr., in den neuen Provinzen dagegen nur auf 20 Sgr. sich belaufe. Bei einem so günstigen Resultat müsse man das Vertrauen zur Regierung haben, daß sie auch in den neuen Provinzen das Beste thun werde.

Abg. Ellissen schildert den Zustand, in dem die hannoverschen Domänen sich befunden, als nahezu dem der Erbpacht gleichend; es sei daher nicht allzuschroff bei der Einführung neuer Verhältnisse vorzugehen.

Abg. Gumbrecht: Fast in ganz Hannover sei man über das Aufgeben der alten Verwaltungsmaximen bei Verpachtung der Domänen erfreut, da bisher der Pachtertrag der Domänen nicht im geringsten Verhältniß zum wirklichen Nutzwerth derselben gestanden habe. Eine Verpachtung allgemein nach dem Meistgebot vorzunehmen, das würde nur bei den sogenannten Streu-Parcellen, die seit langen Reihen von Jahren im Besitz bestimmter Familien sich befanden, eine gewisse Härte in sich schließen. Bei diesen wünscht er daher das Princip weniger streng durchgeführt zu sehen.

Abg. v. Bennigsen spricht sich in demselben Sinne aus, wünscht jedoch auch auf die großen Domänenpächter, denen die Landwirthschaft gerade in Hannover viele Fortschritte zu verdanken habe, einige Rücksicht genommen zu sehen. — Auf eine Anfrage desselben Redners, wie es mit dem Erlaß eines auf dem hannoverschen Provinzial-Landtage versprochenen, das Provocationsrecht regelnden Gesetze stehe, antwortet der Finanzminister, daß ein solches in Vorbereitung sei.

Abg. v. Patow: Die Regierung hat für die Schuldentilgung stets den Grundsatz festgehalten, daß die gesetzlich vorgeschriebene Tilgung strikt zu erfüllen sei. Sie hat aber geglaubt, daß, wenn sie dies thue, sie damit genug thue; sie ist mit der Tilgung nicht über die Tilgung hinausgegangen. Ist dem aber so, so ist es vollständig gleichgültig, ob der Domänenveräußerungs-Fonds zur Schuldentilgung verwandt wird oder nicht. Bedeutung hätte die Frage nur, wenn die Domänenveräußerungsgelder über die Summe hinausgingen, die überhaupt zur Schuldentilgung verwandt werden soll. Vor der Hand ist dieselbe eine vollkommen müßige.

Abg. v. Hoverbeck: Mit der Verordnug vom 5. Juni c. ist das Princip durchbrochen, daß die Domänen für die Staatsschulden verpfändet sein sollen. Ich wünsche gerade, daß dasselbe aufrecht erhalten bleibt, und daß daher die neuen Staatsschulden ganz in derselben Weise behandelt werden, wie die der alten Provinzen.

Abg. Duncker bestreitet, daß durch die von der Regierung für Hannover erlassene Verordnung irgendwie in die Gesetzgebung des ganzen preußischen Staates eingegriffen werden könne.

Abg. v. Hennig bemerkt gegen den Abg. v. Hoverbeck, einmal, daß er durchaus nicht den Erlös von Domänenveräußerungen zu laufenden Ausgaben verwendet sehen wolle, sodann aber, daß die im Gesetze von 1820 ausgesprochene Verpfändung der Domänen durchaus kein Princip des preußischen Staates sei; es sei dies damals nur die Erfüllung eines Versprechens gewesen.

Die Generaldebatte wird geschlossen und Tit. 1 und 2 ohne Debatte angenommen. Zu Tit. 3 (Ertrag von Domänen) bemerkt der Abg. Duncker, bei einem Vergleich zwischen dem Nachweis dieses Jahres mit dem des Jahres 1850 stellten sich mehrere Differenzen hinsichtlich der Größe und des Bestandes der Domänen heraus und fragt, wie dieselben zu erklären seien.

Reg.-Commissar Dreßler: Ich bin augenblicklich nicht in der Lage, über die einzelnen hier speciell angeführten Domänen Auskunft zu geben, doch ist seit dem Jahre 1850 ein Theil der Domänenverwaltung in die Hände der Forstverwaltung übergegangen, und aus diesem Umstande werden sich wahrscheinlich auch die betreffenden Differenzen erklären.

Außerdem liegt zu Tit. 3 folgender Antrag des Abgeordneten Dr. Virchow vor:

die Regierung aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß die geltende Straf-Gesetzgebung zur Beseitigung des öffentlichen Spieles in den neuerworbenen Provinzen alsbald zur Anwendung komme.

Desgleichen des Abg. v. Briesen, die Regierung zu ersuchen: auf die für Concession der öffentlichen Spiele stipulirten Pachtverträge, so lange diese Spiele überhaupt noch geduldet werden, zu Gunsten der betreffenden Gemeinde zu verzichten. (Unterstützt u. a. auch von Dr. Braun-Wiesbaden.)

Abg. v. Patow glaubt, daß hier nicht die geeignete Stelle sei, die Anträge zu verhandeln, da sie mit den Domänen in keiner Verbindung ständen; Abg. Duncker weist jedoch darauf hin, daß die Pachterträge der Spielbanken in der vorliegenden Position enthalten wären und die Anträge deshalb hier

zur Berathung kommen müßten. Das Haus schließt sich dieser Ansicht an, worauf der Abg. Briesen zur Motivirung seines Antrages das Wort erhält. Derselbe sucht (auf der Journalistentribüne schwer verständlich) nachzuweisen, daß der Antrag des Abg. Virchow incorrect und überflüssig sei. Jedenfalls würden die öffentlichen Spielbanken in Kurzem beseitigt werden müssen, und es sei nur zweifelhaft, ob sie durch ein Specialgesetz aufgehoben werden könnten, oder ob man nicht sogar ohne Weiteres die Nichtigkeitserklärung der Pachtverträge aussprechen dürfe. Eine so plötzliche Aufhebung wäre aber nicht nur für den Staat durch die Entschädigung der Actionäre, sondern auch für die Gemeinden mit Opfern verbunden, da dieselben bisher zu den für die Frequenz eines Bades nothwendigen Anlagen wie Theatern, Straßenpflasterungen, Wasserleitungen u. s. w. aus den Spielbanken bedeutende Zuschüsse erhalten hätten. Ohne die Frequenz des Bades zu verringern und dadurch die Gemeinde zu ruiniren, könnten diese Anlagen aber nicht entbehrt werden, und es sei deshalb billig, eine Entschädigung in dem von ihm beantragten Sinne zu gewähren.

Finanzminister v. d. Heydt: Die Frage, ob die öffentlichen Spielbanken fortbestehen sollen oder nicht, gehört zum Ressort des Ministers des Innern, und ich bedauere, daß derselbe nicht anwesend war, um den interessanten Vortrag des Vorredners zu hören. Was seinen Antrag selbst betrifft, so liegt, wie ich glaube, kein Anlaß vor, den Gemeinden die Summe, welche in die Staatskasse fließt, zu überweisen, nachdem den Spielpächtern bereits große Leistungen zu Gunsten der Gemeinden auferlegt worden sind. Von einer Entschädigung könnte doch erst die Rede sein, wenn die Spielbanken wirklich aufgehoben sind; ich bitte Sie deshalb, den Antrag abzulehnen.

Der Präsident fragt, ob das Haus die Frage vertagen wolle, bis der Minister des Innern anwesend sei, um genauere Aufklärungen zu geben.

Abg. v. Vincke wünscht, die Angelegenheit sogleich zu erledigen, da die Information, die man von dem Finanzminister erhalten habe, inzwischen vielleicht wieder verloren gehe. Das Haus lehnt die Vertagung ab, worauf der Antrag des Abg. Virchow mit großer Majorität angenommen, der des Abg. Briesen abgelehnt wird.

Abg. Grumbrecht: Die aufgeführten Zinsen aus dem Domänen-Ablösungs- und Veräußerungs-Fond repräsentiren ein Capital von 18 Millionen, während dasselbe im Jahre 1866 bereits 20 Millionen betrug; ich möchte anfragen, ob dieser Rest von 2 Millionen zu dem Gelde gehört, welches im vorigen Jahre nach England gebracht, oder auf welche Weise derselbe verwendet worden ist.

Finanzminister v. d. Heydt: Es wird dem Hause über den genannten Fond eine besondere Vorlage gemacht werden.

Tit. 3 wird hierauf mit dem ersten von den drei Commissarien gestellten Antrage und dem dazu gehörigen v. Hoverbeck'schen Amendement angenommen.

Zu Tit. 5 ist vom Abg. Runge der Antrag gestellt;

Das Haus wolle sich damit einverstanden erklären, daß die von den Staatsbeamten nach den Bestimmungen des Pensions-Reglements vom 30. April 1825 und der Allerhöchsten Verordnung vom 6. Mai 1867 (Gesetzsammlung S. 713) zu entrichtenden einmaligen und fortlaufenden Pensionsbeiträge an dieser Stelle und in allen übrigen Etats außer Ansatz geblieben sind.

Der Antragsteller motivirt denselben damit, daß das Haus mit der Maßregel der Regierung durchaus einverstanden sein könne, dieses Einverständniß aber nicht stillschweigend, sondern durch einen ausdrücklichen Beschluß constatiren müsse.

Nachdem der Finanzminister v. d. Heydt es auch als einen Wunsch der Regierung anerkannt, daß sich das Haus über die Frage aussprechen möge, wird der Antrag einstimmig angenommen und in gleicher Weise alle übrigen Positionen des Etats der Domänen-Verwaltung genehmigt.

Es folgt der Etat der Forst-Verwaltung, der an Einnahmen für 1868 nachweist 13,675,000 Thlr., um 845,406 Thlr. mehr als im vorigen Jahre, an Ausgaben 6,518,300 Thl., um 623,719 Thlr. mehr als im vorigen Jahre, so daß ein Ueberschuß von 7,156,700 Thlr. bleibt.

Von den 9,192,676 Morgen zur Holzzucht benutzten und den 1,011,787 Morgen zur Holzzucht nicht benutzten Waldbodens in der erweiterten Monarchie, welcher Staatseigenthum ist, steht in den alten Provinzen an der Spitze in der ersteren Kategorie der Reg.-Bezirk Potsdam mit 777,169 M., daneben die Provinz Hannover mit 895,222 M., der Regierungs-Bezirk Kassel mit 835,650 M., Wiesbaden mit 199,435 M., Schleswig-Holstein 97,097 M. Von zur Holzzucht nicht benutztem Waldboden besitzen die Reg.-Bez. Königsberg und Gumbinnen den größten Flächeninhalt: 229,237 resp. 204,792 M., während Hannover 39,597, Reg.-Bez. Kassel 23,969, Wiesbaden 5261, Schleswig-Holstein 15,249 Morgen besitzt.

Die Einnahmen aus den Forsten bestehen in erster Reihe aus dem verkauften Holz: 12,062,660 Thlr., (835,116 Thlr. mehr), aus der Jagd 93,870 Thlr., (18,216 Thlr. weniger als im vorigen Jahre).

Zu diesem Etat liegen folgende Anträge vor:

I. beantragt Abg. Francke, die Regierung aufzufordern, in den Herzogthümern Schleswig-Holstein 1) kleine isolirt belegene Torf-Moore zu veräußern, die übrigen Moorstrecken entwässern zu lassen. Die Abfuhr des Torfs durch Verbesserung der Wege, eventuell Anlegung von Pferdebahnen zu erleichtern und wegen Benutzung der Moore Wirthschaftspläne entwerfen zu lassen, so weit solche nicht bereits vorhanden sind; 2) für die Bewaldung der Haidestrecken durch Anpflanzung von geeigneten Holzarten Sorge zu tragen; 3) den Verkauf isolirt belegener Forst-Parzellen, deren Beaufsichtigung die Verwaltungskosten übermäßig steigert, vornehmen zu lassen. — Motive: Bewirkung größerer Beträge der Moore, die jetzt nur 6000 Thlr. Brutto eintragen, und Verminderung der hohen Preise durch Steigerung des Angebots. Bei den Forsten betragen die Verwaltungskosten bereits gegenwärtig fünfzig Procent.

Abg. v. Hoverbeck beantragt am Schluß der Nr. 3 des Franckeschen Antrages hinzuzufügen: „und die Erträge zur Tilgung der Staatsschulden zu verwenden."

II. beantragt Abg. v. Saltzwedell: die Regierung aufzufordern, daß bei Ausstellung künftiger Etats eine auslänglichere Summe zum Bau und zur Unterhaltung der durch die Forsten führenden Wege und Landstraßen ausgesetzt werde. — Motive: Die ungenügende Beschaffenheit vieler Wege und Straßen in den Forsten, durch welche sowohl der Verkehr im Allgemeinen als der Absatz der Forstprodukte behindert wird.

Der Oberlandesforstmeister v. d. Hagen gab ein Resumé der einzelnen Positionen des Etats und motivirte die auf den Durchschnittsberechnungen der letzten drei Jahre beruhenden Ansätze. Die Steigerung der Einkünfte aus den Holznutzungen, welche gegen das Vorjahr sehr bedeutend erscheinen müsse, wäre aus dem Umstande herzuleiten, daß im vorigen Etat gar keine Erhöhung angesetzt, die jetzige sich also auf zwei Jahre vertheile.

Abg. Schmidt (Stettin) wünscht, daß für jede Etatsgruppe, so wie es hinsichtlich der Forstverwaltung geschehen sei, dem Hause von der Regierung ein amtliches Werk vorgelegt werde, weil die Debatten dadurch wesentlich abgekürzt würden. Wie dies bei der kurzen Zeit der Verwaltung nicht anders zu erwarten sei, lasse der Etat die Harmonie zwischen den alten und neuen Provinzen noch in mehreren Punkten vermissen. So seien z. B. die Anforderungen an die Forstbeamten, außer in Nassau, in allen andern neuen Landestheilen geringer als im alten Preußen. Er wünsche, daß in dem nächsten Jahre auch die lauenburgischen Forsten in den Etat aufgenommen würden, wozu es allerdings erforderlich sei, das Land selbst in den preußischen Staatsverband aufzunehmen; er sei gern bereit, die Hand dazu zu bieten. (Heiterkeit.)

Abg. Twesten: Es ist fraglich, ob die Erträge sich thatsächlich so hoch stellen werden, wie sie angesetzt sind, denn bei dem Durchschnitt der letzten 3 Jahre ist das Jahr 1865 mit in Rechnung gebracht, welches mit einer außergewöhnlich hohen Einnahme vertreten war, und deshalb im vorigen Etat unberücksichtigt blieb. Da die Regierung jedoch bei ihren Ansätzen stets alle Verhältnisse berücksichtigt hat, und auch in den neuen Provinzen jedenfalls mit derselben Sorgfalt verfahren wird, so will ich einen Ausfall nicht befürchten; doch möchte ich die Regierung ersuchen, im nächsten Jahre die Motivirung der einzelnen Ansätze etwas ausführlicher zu geben, damit das Haus in der Lage ist, auf eigene Prüfung gestützt, sich ein Bild von dem Etat machen zu können.

Regierungs-Commissar v. d. Hagen: Die Einnahmepositionen für die neuen Landestheile werden jedenfalls künftig genauer motivirt werden; es ist diesmal deßhalb noch nicht geschehen, weil uns theilweise noch die erforderlichen Daten fehlten.

Abg. Plehn: Während des Conflictes hatte die Regierung beschlossen, Holzverkäufe nur in regierungsfreundlichen Blättern bekannt machen zu lassen. Das Abgeordnetenhaus verlangte im Jahre 1865 die Aufhebung dieses Beschlusses; sollte dies bisher nicht geschehen sein, so stelle ich hiermit einen dahin gehenden Antrag. Gleichzeitig beantrage ich, die Regierung zu befragen, ob sie geneigt ist, den mit dem Herzog von Koburg abgeschlossenen Vertrag wegen Abtretung des Schmalkaldischen Forstes dem Hause vorzulegen.

Finanzminister v. d. Heydt: Der Schmalkaldische Forst ist gar nicht in preußische Verwaltung übergegangen, sondern vom Könige im vorjährigen Kriege an den Herzog von Koburg als Commandirenden einer Armee abgetreten worden.

Abg. v. Windthorst verwahrt die hannoverschen Forstbeamten dagegen, daß sie weniger durchgebildet wären als diejenigen der alt-preußischen Provinzen, wird aber von dem Abg. Schmidt (Stettin) auf die Bestimmungen hinsichtlich der Prüfungen hingewiesen, welche an die altpreußischen Beamten höhere Anforderungen stellen.

Abg. v. Hoverbeck: Ich stimme den Ausführungen Twesten's bei, welche eine ausführlichere Motivirung der Positionen in den Etats der neuen Provinzen befürworten; dagegen bitte ich ihn, die Voranschläge nicht allzu niedrig bemessen zu wollen; es liegt dies durchaus nicht in unserm Interesse, weil wir sonst, obwohl die Einkünfte vorhanden sind, doch zu den nöthigsten Ausgaben die Mittel nicht bewilligen können.

Abg. v. Hennig. Es ist Thatsache, daß die Anforderungen an die hannoverschen Beamten geringer sind als bei uns, und daß dieselben bei der größeren Zahl erheblich weniger belastet werden. Ich bitte doch die Herren, es nicht gleich übel zu nehmen, wenn man nicht bei ihnen Alles ausgezeichnet findet.

Es folgt die Berathung der dauernden Ausgaben.

Regierungs-Commissar v. Hagen erläutert die einzelnen Etatspositionen. Er zeigt, daß eine erhebliche Steigerung der Ausgaben angesetzt sei und hält es für ein erfreuliches Zeichen, daß die erhöhten Einnahmen es gestatten, die Ausgaben da, wo es nöthig ist, zu erhöhen. Er spricht sodann die Versicherung aus, daß die Forstverwaltung bemüht sein werde, die erhöhten Mittel so fruchtbar wie möglich anzulegen. Es könne auffallen, daß in den neuen Landestheilen die Ausgaben im Verhältniß zu den Einnahmen größer seien, als in den alten Provinzen, und daß speciell die Verwaltungskosten höher wären. Das habe verschiedene Gründe. In den neuen Landestheilen habe erstlich die Staatsforstverwaltung häufig den vollständigen technischen Betrieb der Communalforsten mit zu besorgen, die Beamten müßten deshalb vermehrt und höher besoldet werden. Ueberhaupt aber kämen natürlich im Uebergangszustande, in dem wir uns jetzt befanden, die Ausgaben höher zu stehen, als dies bei vollkommen geordneten Verhältnissen der Fall sein würde. Den Beamten, die bisher ein höheres Gehalt, als es in Preußen üblich sei, bezogen, könne man dies nicht nehmen, während die niedriger Besoldeten auf den Normalsatz gebracht werden müßten. — Dazu komme, daß in der bisherigen Verwaltung mehr Beamten überhaupt angestellt, die Förstereien kleiner wären. — Uebrigens habe sich auch in den alten Landestheilen das Bedürfniß herausgestellt, die Oberförstereien zu verkleinern; es sei deshalb für das nächste Jahr eine Ausgabe-Erhöhung um 10,000 Thlr. bei den Besoldungen ausgesetzt, um zunächst in der Provinz Preußen 10 neue Oberförstereien zu begründen. — In den neuen Landestheilen werde wohl im Laufe der Zeit eine Verminderung der Beamtenzahl zulässig sein; aber man könne damit nur langsam und vorsichtig zu Werke gehen. Dagegen sei eine Verbesserung des Diensteinkommens der Beamten ein dringendes Bedürfniß. Es ist deshalb auch schon auf dem diesjährigen Etat eine Besoldungserhöhung von fast 75,000 Thlr. ausgeworfen. — Was nun die Reorganisation der Forstverwaltung in den neuen Landestheilen betrifft, so erscheint es rathsam, damit nur langsam und vorsichtig zu Werke zu gehen und augenblicklich durchgreifende Umwälzungen nicht vorzunehmen, um Irrungen zu vermeiden. Deshalb haben wir uns fürs Erste darauf beschränkt, in die Geschäfts- und Verkehrsverhältnisse die nothwendige Einheit zu bringen. — Es ist gewiß auch die Herstellung einer Gleichmäßigkeit in den Ansprüchen wünschenswerth, die man an die Staatsbeamten der verschiedenen Provinzen macht, und man wird auch hiermit sorgfältig vorgehen; ich muß dabei jedoch bemerken, daß es mir nicht einfallen kann, ein ungünstiges Urtheil über die Leistungen der Forstbeamten in den neuen Provinzen zu fällen. — Durch die vermehrte Anzahl der Beamten ist nun auch das Bedürfniß nach einer zweiten Lehranstalt für höhere Forstbeamten dringend geworden, und im Etat ist deshalb eine Summe für die Errichtung einer solchen ausgesetzt. Als den geeignetsten Ort hierfür hält man eine in Mittel- oder Süddeutschland gelegene Stadt; und es wird sobald wie möglich mit der Errichtung einer zweiten Forstakademie vorgegangen werden.

Abg. Twesten macht auf die großen Unterschiede der Verwaltungskosten der alten und neuen Provinzen aufmerksam; in den neuen sei die Verwaltung eine außerordentlich kostspielige, namentlich in Hannover und Nassau. In Hannover habe der Morgen Forstland einen Bruttoertrag von 65 Sgr.; dagegen betragen die Verwaltungskosten 57 Proc. dieses Ertrages. In Hessen sei der Bruttoertrag 35 Sgr., die Verwaltungskosten 58 Procent, in Nassau der Bruttoertrag 68 Sgr., die Kosten 61 Procent. Dagegen beliefen sich z. B. im Regierungsbezirk Potsdam bei einem Bruttoertrage von 73 Sgr. pro Morgen die Verwaltungskosten nur auf 30 Procent dieses Ertrages. Die Höhe dieser Verwaltungskosten werde sich auf die Länge nicht rechtfertigen lassen, zumal sich etwas Aehnliches auch in den übrigen Verwaltungszweigen erkennen lasse. Während z. B. in den alten Provinzen die Ausgaben der Domänen für die Domänenverwaltung nur 15 Procent des Ertrages betragen, beliefen sich dieselben in den neuen Landestheilen auf 34 Procent. Er stelle zwar keinen besonderen Antrag, wolle der Regierung jedoch die Sache ans Herz legen.

Abg. Born bleibt, da er der Journalisten-Tribüne den Rücken zukehrt, vollständig unverständlich.

Abg. Braun (Wiesbaden): Die Höhe der Verwaltungskosten in Nassau erkläre sich einmal durch die Verdoppelung und Verdreifachung des allein im Interesse der Hofjagden unter dem früheren Regiment angestellten Personals, sodann durch das schlechte bureaukratische System der Forstverwaltung, so daß in Folge dessen selbst die im Privatbesitz sich befindenden Forsten nicht gehörig ausgenutzt werden könnten. Die Generaldiscussion wird geschlossen.

Abg. Schmidt (Stettin) beantragt Vertagung; dieselbe wird abgelehnt und in die Specialdiscussion eingetreten.

Die beiden Anträge des Abg. Plehn werden, letzterer, betreffend die Vorlage des Vertrages in Bezug auf den Schmalkaldener Wald, bei zweifelhafter Abstimmung mit 150 gegen 143 Stimmen angenommen.

Zu Tit. 3 Nr. 2 hat der Abg. Dr. Werenberg beantragt, die Regierung aufzufordern, die in den §§ 14—17 des Jagdpolizei-Gesetzes vom 7. März 1850 gegebenen Bestimmungen über die Jagdscheine in der Provinz Hannover, unter Aufhebung der daselbst jetzt geltenden Bestimmungen der §§ 17—22 der Jagdordnung vom 11. März 1859, im verfassungsmäßigen Wege einzuführen.

Abg. Dr. Werenberg befürwortet seinen Antrag unter ziemlicher Unruhe des Hauses.

Minister v. Selchow: Der Antrag stehe mit der betreffenden Position des Etats nicht in Zusammenhang; die Regierung werde jedoch die einschlagende Gesetzgebung sorgsam prüfen und unzuträgliche Differenzen zwischen den alten und neuen Landestheilen beseitigen.

Abg. v. Bennigsen bittet den Antragsteller gleichfalls um Zurückziehung seines Antrages an dieser Stelle, eventuell das Haus um Ablehnung desselben.

Abg. Buddenberg desgleichen, sonst droht er trotz der Unruhe des Hauses mit einer längeren Rede (Heiterkeit).

Der Antrag wird zurückgezogen.

Zu Tit. 4 Nr. 1 liegt der Antrag Francke's nebst dem Zusatze v. Hoverbeck's vor.

Während der Debatte über diese Anträge wird es vollständig dunkel im Hause; der Stenographentisch und das Bureau werden durch Lampen erleuchtet; auf der Journalistentribüne kann die Debatte wegen der auf derselben herrschenden Finsterniß nicht mehr mit der Feder verfolgt werden. Dazu kommt die große im Hause herrschende Unruhe; jeder neu zum Worte sich meldende Redner wird mit lebhaftem Oh! Oh! begrüßt. Der Finanzminister erklärt nach der Befürwortungsrede des Abg. Francke, daß er kein Wort davon verstanden habe.

Abg. Francke zieht schließlich seinen Antrag zurück.

Nachdem vorher schon mehrere Mal der Antrag auf Vertagung gestellt, aber abgelehnt worden, wird derselbe jetzt vom Abg. Dr. Löwe (Calbe) wieder eingebracht.

Die Journalistentribüne erhält jetzt Licht; der Saal ist vollständig finster.

Abg. Dr. Löwe (zur Geschäftsordnung): Ich bin der Meinung, daß eine Behandlung der Geschäfte in der Form, wie sie jetzt nach einer siebenstündigen Sitzung erfolgen kann, nicht der Würde und dem Ansehen des Hauses und den Interessen des Landes angemessen ist; ich bitte deshalb um Vertagung der Verhandlung. (Widerspruch rechts.)

Abg. v. Vincke (Minden): Die Sitzung würde bedeutend abgekürzt werden, wenn nicht manche Redner im Hause in langen Reden das wiederholen würden, was sie vom Ministertisch gehört haben.

Abg. Dr. Löwe: Ich glaube nicht, daß Herr v. Vincke glauben kann, durch jene Kritik über die Redner eine andere Behandlung herbeizuführen, als sie in der Natur der von Ihnen gewählten Vorberathung im Plenum liegt. Ich bitte nochmals, die Sitzung zu vertagen, mit dem besonderen Hinweis darauf, daß eine große Anzahl der Mitglieder des Hauses die Sitzung verlassen hat.

Abg. v. Vincke (Minden): Ich glaube, daß ich ebenso das Recht zur Kritik der Redner habe, wie der Abg. Löwe, nicht mehr und nicht weniger.

Abg. Rohden: Auch ich sehe mich genöthigt, zu constatiren, wie wenig die Behandlungsweise der Budgetberathung, wie sie jetzt gehandhabt wird, der Würde des Hauses entspricht. Es sind freilich einzelne Wiederholungen vorgekommen, aber es sind auch sachliche und selbstständige Anträge versucht worden; denselben ist aber auch nicht die geringste Aufmerksamkeit zu Theil geworden. Es wurde Bravo gerufen, wenn Jemand fertig war, nur weil er recht kurz gesprochen, das kann wahrlich nicht ermuntern zu einer gründlichen Berathung; das ist keine Etatsberathung. Ich unterstütze den Vertagungsantrag.

Abg. v. Hoverbeck: Die Art und Weise, wie ein Abgeordneter spricht, zu rügen, ist nicht Herrn v. Vincke's Sache, sondern des Präsidenten; ich unterstütze die Gründe der Abgg. Löwe und Rohden noch damit, daß es einen schlechten Schatten auf die Budgetberathung werfen muß, wenn wir in der Debatte fortfahren, während wir keine Ziffern mehr lesen können.

Ein conservativer Abgeordneter, dessen Name in dem großen Geräusch nicht zu verstehen ist, behauptet, daß die Berathung eine durchaus angemessene sei, und daß er es auch für praktisch halte, heute noch fortzufahren.

Für den Vertagungsantrag stimmen sämmtliche Liberale, dagegen die Conservativen nebst v. Vincke (Minden). Da das Büreau über die Majorität auch nach der Gegenprobe zweifelhaft bleibt, wird in der Berathung fortgefahren.

Abg. v. Hoverbeck beantragt nun doch wenigstens die Kronleuchter anzuzünden, damit man die Zahlen lesen könne.

(Dies geschieht unterdeß.)

Es wird in der Berathung fortgefahren; ein Antrag des Abg. Saltzwedel, der unverständlich bleibt, wird angenommen.

Eine längere Debatte ward hervorgerufen bei der Position, die eine Summe für Errichtung einer zweiten Forst-Akademie aussetzt, wobei mehrere Abgeordnete über die Zweckmäßigkeit des von der Regierung in Aussicht genommenen Ortes hierfür (Hannoverisch-Minden) in Zweifel sind. Abg. Virchow schlägt Marburg vor, weil es Universitätsstadt ist.

Um schnell fertig zu werden, verzichten mehrere Abgeordnete auf das Wort, indem sie dies ausdrücklich constatiren.

Die Positionen werden sämmtlich bewilligt; der Antrag Francke ohne das Amendement v. Hoverbeck's angenommen.

Ein Abgeordneter von der Linken beantragt Zählung, da das Haus nicht mehr beschlußfähig sei.

Präsident v. Forkenbeck, der jetzt den Vorsitz übernimmt, erklärt dies für nicht mehr nöthig, da die Tagesordnung erschöpft sei.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Budgetberathung. (Die Bezeichnung der einzelnen Positionen, die daraus vorgenommen werden sollen, bleibt unverständlich.)

Berlin, 3. Decbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Hauptmann a. D. von Berndt, bisher im 2. Aufgebot des 3. Bataillons (Sorau) 2. Brandenburgischen Landwehr-Regiments Nr. 12 und dem Land-Rentmeister Rechnungsrath Lackowitz zu Königsberg in Preußen den rothen Adlerorden 4. Klasse, so wie dem Schullehrer und Küster Kleist zu Groß-Spiegel im Kreise Dramburg und dem Schullehrer Hesse zu Gr.-Hutibergen, Amts Verden, das allgemeine Ehrenzeichen verliehen, so wie den bisherigen commissarischen Gestüt-Dirigenten Grafen Georg v. Lehndorff zu Graditz zum Land-Stallmeister und Dirigenten des dortigen Hauptgestüts, so wie des sächsischen Landgestüts ernannt.

Den Herren Thode und Knoop (Firma Edmund Thode u. Knoop) in Dresden ist unter dem 1. December 1867 ein Patent auf eine Reinigungs-Maschine für Wolle und Baumwolle auf fünf Jahre ertheilt worden.

Den Herren Thode und Knoop (Firma Edmund Thode u. Knoop) in Dresden ist unter dem 1. December 1867 ein Patent auf einen Zünder für Hohlgeschosse auf fünf Jahre ertheilt worden.

Berlin, 3. Dec. [Se. Majestät der König] empfingen heute militärische Meldungen, so wie die Vorträge der Hofmarschälle und des Militär-Cabinets, und nahmen die Orden des verstorbenen Ober-Forstmeisters v. Steffens und des Hofmarschalls Grafen Lucchesini aus den Händen der Hinterbliebenen entgegen. Um 5 Uhr findet bei Ihren Majestäten im kgl. Palais ein Diner statt. (St.-A.)

[Das Staatsministerium] hatte gestern Abend 8 Uhr im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten eine vertrauliche Besprechung. Der Justizminister Graf zur Lippe wohnte, wie bereits telegr. gemeldet, derselben nicht bei.

[Das Schul-Dotationsgesetz.] Dem Vernehmen nach wird das Schul-Dotationsgesetz nebst dem dazu gehörigen Gesetze über die Pensionirung der Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Schulen zuerst beim Herrenhause eingebracht werden.

[Der Kriegsminister General d. Inf. v. Roon] wird, wie bereits telegr. gemeldet, den Winter zu Cannes in Süd-Frankreich zubringen und sich Ende dieser Woche mit seiner Gemahlin und Tochter dorthin begeben.

[Der Rücktritt des Justizministers.] In den Kreisen des Abgeordnetenhauses, in welchem conservative Abgeordnete am Ministertisch Nachfrage gethan, galt der Rücktritt des Justizministers Grafen zur Lippe als unzweifelhaft. Als sein Nachfolger wurde Präsident v. Schrötter, resp. Präsident Leonhardt bezeichnet.

Die „B.- und H.-Z." schreibt in dieser Angelegenheit: Das Gerücht, daß der Hr. Justizminister zurücktreten werde, scheint diesmal eher als in den früheren Fällen auf Bewahrheitung rechnen zu dürfen. Veranlassung, seinen schon oftmals ausgesprochenen Entschluß zu erneuern, soll dem Justizminister im neuesten Falle die Aeußerung des Ministerpräsidenten gegeben haben: er hätte selbst gewünscht, der Kelch wäre nicht bis auf die Hefe geleert worden. Graf zur Lippe hat, wie andere Hörer und Leser dieser Aeußerung, in derselben eine Mißbilligung der großen Beharrlichkeit gefunden, mit der die Consequenzen des Obertribunalbeschlusses gezogen worden sind. In Beamtenkreisen ist man übrigens auch in diesem Falle noch ungewiß darüber, ob nicht das erneute Entlassungsgesuch des Justizministers gleich den früheren erledigt, d. h. unter Anerkennung für die bisher geleisteten Dienste abermals abgelehnt werden wird.

Unser Berliner ⊙-Corresp. schreibt: Das Gerücht, daß Graf Lippe um seine Entlassung nachgesucht habe, findet jetzt auch in Regierungskreisen Glauben; welchen Erfolg dieses Gesuch haben wird, kann man natürlich noch nicht wissen.

[Der Ausschuß des norddeutschen Bundesrathes] für Handel und Verkehr versammelte sich heute zur Berathung des Bundesconsulatswesens. Ferner fand eine Sitzung des Ausschusses für Justizwesen zur Berathung von Petitionen statt. (St.-A.)

[Die Vorberathung des Budgets] soll vom 6. d. M. an ohne Unterbrechung fortdauern und am 19. December geschlossen sein, so daß das Herrenhaus das Staatshaushaltsgesetz noch vor Eintritt der Weihnachtsferien genemigen kann.

♁ [Ernennungen.] Schon bei der ersten Mittheilung über die Bildung von Regierungs-Collegien in Kassel und Wiesbaden, war, wie man sich erinnern wird, die Rede davon, daß diejenigen Beamten, welche schon die Functionen als Regierungsräthe ausgeübt, nur mit neuen preußischen Patenten für ihre Posten versehen werden würden, daß dagegen alle diejenigen Beamten, welche bisher andere Titel geführt und nun Mitglieder der neuen Collegien werden sollen, sämmtlich zu Regierungsräthen ernannt werden würden. Dies ist jetzt zur Ausführung gekommen, und zwar sind für das neugebildete Regierungs-Collegium zu Wiesbaden zu Regierungsräthen ernannt der Ober-Steuer-Rath Ferger und die Domänenräthe Münzel und Busch und zu Regierungsräthen für Kassel die Ober-Finanzräthe Rommel, Schwarz, Rembe, v. Heydwolff und Fritsch.

♁ [Provinzialfonds für Hannover.] In den nächsten Tagen wird die Vorlage über Bildung eines Provinzialfonds für Hannover an den Landtag gelangen; ebenso wahrscheinlich auch die Verträge mit den depossedirten Fürsten.

♂ [Die Hannoveraner in der Schweiz.] Die Regierung hat neuerdings den in der Schweiz weilenden Hannoveranern die Nachricht zukommen lassen, daß bis zu einem gewissen Zeitpunkt ihnen straffreie Rückkehr in ihr Vaterland zugesichert sei, obwohl unter diesen Flüchtlingen sich viele befinden, welche sich ihrer Militärpflicht entzogen haben, und darum einer strengen Bestrafung unterliegen würden. Es ist dies von Seiten unserer Regierung ein Act der Nachsicht und zugleich ein Symptom für das Bewußtsein, daß die Ordnung der Dinge dort jetzt so vollkommen gesichert ist, daß sie der Regierung gestattet, mit besonderer Nachsicht gegen Diejenigen aufzutreten, welche zum großen Theil doch nur Opfer der Verführung geworden, und deren

Anwesenheit in Hannover keine Gefahren für die öffentliche Ruhe mehr bringen kann.

[Entlassung.] Wie die „Kreuzz." hört, gedenkt der Präsident Gamet — bei der Verwaltung der Staatsschulden — aus Gesundheits-Rücksichten seine Entlassung nachzusuchen.

[Im 11. hannoverschen Wahlbezirk] (Nienburg) ist bei der Nachwahl an Stelle des Oberappellationsgerichtsraths Behncke, welcher das Mandat abgelehnt hat, der Grossist Werstler (nat.-lib.) mit 79 Stimmen gegen 68, welche Ahrensdorf erhielt, zum Abgeordneten gewählt worden.

[In der Nachwahl] des Wahlbezirks Sangerhausen-Eckartsberga ist Prediger Richter-Mariendorf zum Abgeordneten mit 206 Stimmen gewählt; sein Gegencandidat Kammerdirector Bosse erhielt 123 Stimmen.

[Die Confiscation des „Kladderadatsch"] ist, wie es heißt, nicht wegen des Bildes, auf welchem Zweifen (Gretchen) den Grafen Bismarck (Faust) vor Mephisto (Lippe) warnt, sondern wegen eines kleinen Gedichtes erfolgt, in welchem die hungernden Ostpreußen zu den Depossedirten in Beziehung gebracht werden.

[Herr Ludwig Lesser,] unter dem Dichternamen Ludwig Liber in weiteren Kreisen bekannt und geachtet, ist nach längeren Leiden gestern Morgen hier gestorben. Derselbe war seit 49 Jahren in der geachteten Firma M. Oppenheim Söhne beschäftigt, in den letzteren Jahren deren Disponent.

[Lasker und der Bundesrath.] Die „Post" schreibt: Vor kürzerer Zeit ging durch die Zeitungen die Nachricht, daß der Abg. Lasker im Bundesrath eine Anstellung gefunden habe. Diese Nachricht erfuhr zwar sofort ein ganz entschiedenes Dementi, jedoch in Folge uns von zuverlässiger Seite zugehender Mittheilungen war jenes Gerücht nicht so ganz unbegründet. Graf v. Bismarck hat nämlich Herrn Lasker darauf aufmerksam gemacht, daß im Bundesrath noch eine Stelle offen sei, und gefragt, ob er sich nicht um dieselbe bewerben wolle. Nach längerem Hin- und Herreden, in welchem Hr. Lasker vornämlich betonte, ob sein politischer Standpunkt, den er nicht aufzugeben gedenke, seiner Bewerbung kein Hinderniß in den Weg legen möchte, erklärte er sich schließlich zur Bewerbung unter der Bedingung bereit, daß der Erfolg derselben gesichert sei. Hierauf erklärte der Herr Bundeskanzler dem Abgeordneten, daß er sich in dieser Weise nicht binden könne; er habe ihn nur aufgefordert, sich um die Stelle zu bewerben. Soweit unser Gewährsmann. Ob Hr. Lasker den ihm angerathenen Schritt gethan hat, wissen wir nicht; die nächste Zukunft wird darüber Gewißheit geben.

Danzig, 2. Dec. [Marine.] Die „Westpr. Z." berichtet: Die Indienststellung der Schraubencorvette „Victoria" ist jetzt sistirt worden, da die Jahreszeit bereits zu weit vorgerückt ist. — Die Dampfyacht „Grille" wird in dieser Woche auf eine Helling der königl. Werft geschleppt werden. Früher wurde beabsichtigt, die „Grille" in das Dock zu nehmen; aber die Reparatur der Corvette „Arcona" nimmt noch längere Zeit in Anspruch, und bis zum Zeitpunkt der Vollendung dieser Reparatur dürfte der Strom schon mit einer Eisdecke belegt sein und ein Hinderniß bieten.

Sternberg, 29. Nov. [Die Steuerfrage.] Was in diesem Augenblick die Gemüther vorzugsweise bewegt, ist die Steuerfrage. Daß die Gelder herbeigeschafft und bewilligt werden müssen, darüber besteht kaum noch eine Meinungsverschiedenheit unter den Ständen. Jeder Stand, Ritterschaft wie Landschaft, will aber die eigenen Interessen möglichst berücksichtigen. Dazu ist der von der Landschaft durchgesetzte Druck des Berichtes der Ritterschaft sehr ungelegen gekommen, denn sie liebt die eingehenden Besprechungen unserer Verhältnisse überhaupt nicht, am wenigsten aber die unserer Steuerverhältnisse. Im Allgemeinen zeigt man sich einem Provisorium am meisten geneigt, da man von dem Zollverein sich eine Deckung der Militärlasten des norddeutschen Bundes erwartet. Ueberdem steht nun die Vererbpachtung der Dominialbauerstellen in sicherer Aussicht und berechnet man daraus ein bedeutendes Mehrerträgniß. Mögen nun freilich auch die Kaufgelder von den Erbpächtern nur langsam eingehen, über die ersten Verlegenheiten werden sie immerhin hinweghelfen, und lange bleibt der Zollverein, wie ja alle Aeußerungen der Regierung schließen lassen, nicht mehr aus. Diese Anschauungen haben sich bisher mehr und mehr Geltung unter den Ständen verschafft. (H. N.)

Schleswig, 30. Nov. [Der Anschluß an den Zollverein] hat eine solche Menge von Handelsreisenden hierher geführt, daß unsere Gasthöfe vollständig überfüllt sind und bei unseren Geschäftsleuten ein seit lange nicht gekannter Verkehr stattfindet. Wie weit sich nunmehr der Preis einzelner Waaren ermäßigen wird, hat sich für das Publikum noch nicht vollständig gezeigt; im Einzelverkauf muß natürlich die Preisdifferenz immerhin gering ausfallen. Am bedeutendsten ist die Differenz, so viel wir bis jetzt erfahren haben, bei Mobilien und Hausgeräth, welches wohl 30 pCt. billiger im Zollverein ist als hier. Uebrigens ist auch eine Preiserhöhung geworden, indem die Pächter der Austernbänke in der Erwartung auf gesteigerten Absatz in Deutschland, nachdem der Zoll dorthin fortgefallen, den Austernpreis um 4 Thlr. pr. Tonne erhöht haben. Dieses Verfahren findet hier natürlich um so weniger Billigung, als die Concurrenz bei diesem Geschäft ausgeschlossen ist. (H. N.)

Niederlande.

Haag, 29. Novbr. [Interpellation.] In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer brachte Herr Storm van's Gravesande eine Interpellation ein wegen der Ausdrücke, womit das Ministerium sein Entlassungsgesuch motivirt hat, und fragte, was dasselbe mit den Worten: „Die Mißbilligung des Verfahrens der Regierung in Bezug auf die Erhaltung des Friedens" habe sagen wollen. Die Kammer habe, indem sie das Budget des Ministers des Auswärtigen verworfen habe, keineswegs die Erhaltung des Friedens mißbilligen wollen. — Der Minister des Innern erwiderte, das Ministerium habe die Worte nicht in diesem Sinne gemeint, die Kammer habe durch ihre Verhandlung bewiesen, daß sie in ihrer Mehrheit das Verhalten des Ministers des Auswärtigen mißbillige, und deshalb habe das Ministerium sich bewogen gefühlt, seine Entlassung nachzusuchen. Die Kammer ging dann zur Berathung des Credit-Gesetzes für das Ministerium der Justiz über und nahm dasselbe einstimmig an.

Luxemburg, 30. Nov. [Ministercrisis.] Wie das „Wort" berichtet, ist das Entlassungsgesuch des Hrn. v. Tornaco angenommen und Hrn. Em. Servais, Vicepräsident des Obergerichtshofes, mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt.

Telegraphische Depeschen
aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

Wien, 3. Dec. Die amtliche „Wiener Zeitung" veröffentlicht ein Telegramm des Vice-Admirals Tegethoff aus Havannah, welches meldet, daß die Fregatte „Novara" mit dem Leichnam des Kaisers Maximilian an Bord in Havannah eingetroffen sei.

Florenz, 3. December. Die „Nazione" meldet, daß weitere Verhaftungen von Mazzinisten neuerdings vorgekommen sind. Die „Opinione" erklärt, daß eine eingehendere Würdigung der Erklärung Moustier's erst möglich sei, wenn dieselbe ihrem ganzen Wortlaute nach vorliege. Dasselbe Blatt hebt jedoch gleichzeitig hervor, daß ein Italien ohne Rom nicht denkbar sei.

Newyork, 2. Decbr. Der preußische Geschäftsträger Baron v. Magnus, und der Prinz Solms nebst Gemahlin haben ihre Rückreise nach Europa angetreten.

Paris, 3. Dec., Nachmittags. Sitzung des gesetzgebenden Körpers. Fortsetzung der Debatte über die Interpellation, betreffend die römische Frage. Der Abgeordnete Chesnelong bekämpft die Ausführungen Jules Favre's und erklärte, die römische Expedition sei zur Beschützung des verletzten Rechtes unternommen. Jetzt, wo die Krisis beschworen sei, müsse man in wirksamer Weise die Existenz und die Sicherheit der weltlichen Macht des Papstes befestigen. Italien habe keinerlei Recht auf Rom. Es könne nicht in Rom eindringen, ohne einen Selbstmord an sich zu begehen. Der Redner schloß mit folgenden Worten: Die römische Frage hat einen europäischen Charakter. Die Aufgabe der Conferenz müsse nicht darin bestehen, die weltliche Macht des Papstes in Frage zu stellen, sondern sie vielmehr vermittelst eines internationalen Actes mit neuen Bürgschaften zu umgeben. Frankreich müsse dieses Ziel nöthigenfalls ohne die Beihilfe Europas verfolgen. Sodann nahm Jules Simon das Wort.

„Etendard" schreibt: die formelle Zustimmung der meisten Großmächte einschließlich Oesterreichs und Rußlands zur Conferenz ist jetzt hier eingetroffen. England und Preußen haben zwar im Princip zugestimmt, machen aber noch Vorbehalte. — Belgien und Holland haben noch nicht geantwortet.

London, 3. Dec. Präsident Juarez hatte für den Transport der Leiche des Kaisers Maximilian bis Vera-Cruz eine Eskorte zur Verfügung gestellt und gegen jedwede öffentliche Demonstration ein Verbot erlassen.

London, 2. December. Der Dampfer „Java" ist aus New-York in Queenstown und der Dampfer „Deutschland" ebendaher in Southampton eingetroffen. — Nach Berichten aus St. Thomas vom 19. Novbr. ist diese Insel mit den benachbarten Inseln von einem Erdbeben mit vulkanischen Eruptionen heimgesucht worden. Es sollen hierbei viele Menschen ums Leben gekommen und mehrere Schiffe beschädigt worden sein.

London, 3. Decbr. Getreidebericht. (Verspätet.) Englischer Weizen 1 Schilling niedriger, fremder sehr ruhig und unverändert. Gerste sehr fest. Hafer ein Schilling Sixpence höher. — Kaltes Wetter.

Petersburg, 3. December. Das „Journal de St. Petersbourg" kommt in einem längeren Artikel auf die in Konstantinopel abgegebene Collectiverklärung der Mächte zurück und sagt: Das Einvernehmen der Cabinette gilt nicht ausschließlich der kretensischen Frage, sondern den allgemeinen Zuständen der Türkei. Nach dem vorangegangenen Ideenaustausch müßte dieses Einvernehmen ein ernstes, aufrichtiges und loyales sein. In Bezug auf diese Unterhandlungsphase ist das französische Gelbbuch nicht vollständig. Beweis hierfür würde, falls es nöthig wäre einen solchen zu führen, schon die unerschütterliche Weigerung Oesterreichs sein, an den Collectivschritten der anderen Mächte theilzunehmen. Hätte die Collectiverklärung diejenige Tragweite gehabt, welche die öffentliche Meinung derselben auf Grund der im Gelbbuche veröffentlichten Documente beilegen könnte, so würde der österreichische Reichskanzler bereitwilligst mitunterzeichnet haben.

Florenz, 2. Dec., Abends. Die jüngst stattgehabte Verhaftung von 12 Mazzinistischen Verschwörern hat zu der Entdeckung eines Planes für eine allgemeine Insurrection geführt, welche die Vernichtung der Monarchie zum Zwecke hatte. Die mit Beschlag belegten Documente zeigen, daß Mazzini vor ungefähr 3 Monaten eine neue Gesellschaft unter dem Titel: „Allgemeine republikanische Gesellschaft", gebildet hat, welche Comite's in allen Städten Italiens hatte. Eine lebhafte Propaganda wurde in der Armee und unter den Arbeitern betrieben. Aufgenommene Mitglieder zahlten eine Lira monatlich, wogegen sie einen Interimsschein auf die Mazzinische Anleihe erhielten. — Bei Eröffnung der italienischen Kammer am 5. December wird keine Thronrede gehalten werden. Das Ministerium wird jedoch beiden Parlamentshäusern Mittheilungen machen. Man glaubt, daß Menabrea bei der Vorstellung der neuen Minister in den Kammern die Gründe für deren Eintritt ins Amt auseinandersetzen werde. (T. B. f. N.)

Baden, 3. Dec., Vorm. Eduard Benazet, der Pächter der hiesigrn Spielbank, ist gestern in Nizza plötzlich gestorben. (T. B. f. N.)

Provinzial-Zeitung.

Kk. **Breslau**, 2. Dec. [Kathol. Lehrerverein.] Vorsitzender: Schuleninspector Kliche. Das Protokoll wird vorgelesen und genehmigt. Der Vorsitzende theilt mit, daß der Director der kath. Schullehrer-Wittwen-Kasse, Hr. Lic. Baucke, zu Gunsten der Kasse eine Broschüre: „Die Entstehung und das Wachsthum der kath. Sch.-W.-K. Schlesiens" zum Preise von 5 Sgr. herausgegeben habe und empfiehlt den Ankauf. — Rector Deutschmann stellt den Antrag auf Errichtung eines Fragekastens und begründet denselben. Er wird zum Beschluß erhoben. Die Fragen sollen jedesmal vorher vom Vorstande geprüft und erst in der nächsten Versammlung zur Beantwortung gestellt werden. — Eine lange und lebhafte Debatte rief ein Antrag auf Ausdehnung der bisherigen Referate, die neben den Vorträgen, über mehrere pädagogische Zeitschriften abgestattet werden, auf neu erschienene, bedeutende Fachschriften hervor. Nach Anhörung der Gründe für und wider entschied sich die Versammlung zu Gunsten des Antrages, doch sollen die Referate nur kurz gehalten sein, damit die Vorträge durch derartige Nebensächlichkeiten keine Beeinträchtigung erfahren. — Es wurde ferner beschlossen, das diesjährige Stiftungsfest Montags den 6. Jan. im gelben Löwen zu feiern. Der Vorsitzende sprach die Hoffnung und den Wunsch auf recht zahlreiche Betheiligung aus. Ein aus den Herren Kuznik, Deutschmann und Keihl bestehendes Comite wurde mit der Anordnung des Festes, mit der Besorgung der Gesänge 2c. betraut. — Nach Erledigung aller dieser Angelegenheiten trug Hauptlehrer Kuznik ein Referat über den Schulfreund von Dr. Schmitz und Dr. Kellner vor, indem er zunächst die Gesichtspunkte, von welchen aus derartige Referate stets auszugehen und ihre Aufgabe zu lösen haben, angab, und sodann auf den Inhalt der Zeitschrift selbst einging. Die Versammlung war mit den Ansichten des Referenten völlig einverstanden. — In den Verein sind neu eingetreten: die Herren Pfarrer Nowatzky und Kaplan Fleischer. Schluß der Sitzung 9 Uhr.

§—§ **Breslau**, 3. December. [Gewerbe-Verein.] In der gestrigen, sehr zahlreich besuchten Versammlung sprach Hr. Baumeister Gestewitz über „Heizmethoden in Wohnräumen", wobei er seine sehr eingehenden Erörterungen über Ofen-, Luft- und Wasserheizung, denen er einige allgemeine Betrachtungen über Feuerungs-Anlagen überhaupt voranschickte, durch Zeichnungen an der Wandtafel erläuterte. Im Anschluß an diesen Vortrag wünschte Hr. Dr. Thiel Auskunft darüber, wie 1) die in neuester Zeit auffallend häufig vorkommenden Schornsteinbrände zu erklären seien und wer 2) verpflichtet sei, die bei russischen Schornsteinen sich am Grunde desselben ansammelnden Rußmassen fortzuschaffen? Herr Hüllebrand erwidert ad 1, daß man zwei Arten von Schornsteinbränden unterscheiden müsse. Entweder werde nur glimmender Ruß in Funken aus dem Schornsteine herausgeführt, und das sei die im Herbste am häufigsten vorkommende, ungefährliche Art von Schornsteinbrand, oder es sei ein wirklicher Schornsteinbrand vorhanden, der aber nur bei Holzfeuerungen, also bei Bäckern, Wurstmachern 2c. vorkommen könne. Er entstehe dadurch, daß sogenannter Glanzruß durch zu große Hitze in Brand gerathe. Ad 2 bemerkt Redner, daß man das Fortschaffen der Rußansammlungen allerdings den Schornsteinfegern habe aufbürden wollen, wogegen diese jedoch, als gegen Auferlegung einer neuen Pflicht, deren Erfüllung unverhältnißmäßig viel Zeit in Anspruch nehme, opponirt haben. Am besten sei es, wenn zwischen Hauswirth und Schornsteinfeger eine freie Vereinbarung getroffen werde. — Demnächst zeigt der Schriftführer verschiedene interessante, aus der Chemnitzer Industrie-Ausstellung stammende Gegenstände vor. — Endlich werden dem Vorstand bezüglich des wahrscheinlich am 11. Januar k. J. stattfindenden Stiftungsfestes weitere Vollmachten ertheilt.

☐ **Breslau**, 3. Dec. [Handwerker-Verein.] Hr. Dr. med. Th. Körner besprach in seinem gestrigen Vortrag den Einfluß der Wohnungen auf die menschliche Gesundheit und erörterte die Anforderungen, die man in diesem Bezug an die Wohnungen stellen müsse. Die 3 Grundbedingungen sind Luft, Licht, Wärme und Trockenheit. Der Vorsitzende, Hr. Dr. Eger theilte hierauf mit, daß die nächste Sitzung des Vereins Donnerstag den 5. December bereits in dem neuen Saale, dem Prüfungssaale der neuen Mittelschule, den der Magistrat zu den Vereinssitzungen bewilligt habe (Nikolai-Stadtgraben Nr. 5) stattfinden werde, wo den eben angeführten Bedingungen für Gesundheit des Vereins durch Luft, Licht und Wärme genügt sein werde. Die Mitglieder würden dabei allerdings das Opfer bringen müssen: nicht zu rauchen. Den ersten Vortrag werde Herr Dr. M. Elsner über den Einfluß der Naturwissenschaften auf die menschliche Bildung halten. Die Mittheilungen wurden mit freudiger Befriedigung aufgenommen. Am Freitag Abend werde die Repräsentanten-Versammlung unter statutenmäßiger Gewährung der Oeffentlichkeit für die Mitglieder in der Humanität abgehalten werden. Die Vorlagen werden allerdings nur in Bewilligung einiger Kosten für Uebersiedelung und Utensilien für das neue Versammlungs-Lokal und Unterrichtsangelegenheiten bestehen, doch sei jedes Mitglied, das sich dafür hinreichend interessire, eingeladen. Eine Frage wegen der nothwendigen Anbringung von Barrieren am Stadtgraben wurde von Herrn Dr. Eger als Stadtverordneten dahin beantwortet, daß breits die Vorarbeiten dazu im Gange seien. Herr Köhn machte die Mitglieder aufmerksam auf eine gefährliche Stelle des Stadtgrabens zwischen der Kürassierkaserne und der Laufbrücke an der Antonienstraße, die nunmehr Viele bei Besuch der Vereinssitzungen passiren würden. Hr. Lindner beantragte eine desfallsige Petition um Beschleunigung dieser Schutzvorkehrung, die zu einer kurzen Debatte, aber zu keinem Beschluß führte. Schließlich wurde noch auf den nächsten geselligen Abend aufmerksam gemacht und versprach Hr. Lindner, sich, in Folge einer Frage wegen Ermäßigung des Entrees zu den Vorträgen des Herrn Paul Hoffmann, dafür zu verwenden, sobald dieselben wieder eröffnet werden würden. Hiermit wurde die letzte, sehr zahlreich besuchte Sitzung im „goldnen Scepter" nach 10¼ Uhr geschlossen.

≅ [Dr. Max Karow] führte den sehr zahlreich versammelten Zuhörern in seiner fünften Vorlesung ein sehr ausführliches, doch keineswegs ermüdendes Bild vom Leben und Wirken der Frau von Staël vor, das allgemein Beifall erhielt. Der Vortragende, bei dem man die umfassendste Kenntniß der einschlägigen Literatur und der Quellen gewohnt ist, hatte mit einem wirklich scrupulösen Fleiße alle möglichen Notizen über das Leben der genialen Schriftstellerin, namentlich aber über ihren Aufenthalt in Weimar, gesammelt, welche er in anmuthiger Ordnung aneinanderreihte: ihr Verhältniß zu Goethe und Schiller, zu A. W. v. Schlegel, Oehlenschläger, Zacharias Werner und zu ihren französischen Genossen fand allseitige Berücksichtigung und Ausdeutung, und der hoch aufgestapelte Briefwechsel- und Memoiren-Stoff schien in dieser Richtung vollständig gehoben zu sein. Was dem Vortrage aber noch einen ganz besonderen Werth verleihen mußte, war die eingehende Besprechung der Hauptwerke der Staël, der Delphine, der Corinna, bei denen die sociale Stellung des Weibes erörtert wurde, und des Buches über Deutschland. Das war deutsch empfunden, deutsch gedacht, und zeichnete so den Gegensatz zwischen Causerie und Vorlesung, da hier das wirklich Belehrende das Unterhaltende meist überwog. Für das sogenannte größere Publikum bildete wohl die Schilderung der gebietenden Herrschaft des französischen Salons, insbesondere des der Staël, den Mittelpunkt. Mit den Erinnerungsworten Lord Byron's in den Anhängen zum 4. Gesang von Childe Harold fand der auch formell, wie immer, lobenswerthe Vortrag, einen höchst befriedigenden Abschluß. Die nächste Vorlesung gilt Hölderlin!

Breslau, 4. Dec. [Mortalitätsliste.] In der Zeit vom 24. Octbr. bis 28. Novbr. d. J. sind hierorts incl. 21 todtgeborener Kinder als gestorben polizeilich angemeldet worden: 227 männliche und 242 weibliche, in Summa 469 Personen. Von diesen starben an Cholera 16 männl., 13 weibl., zus. 29 Personen. Unter den 469 verstorbenen Personen befinden sich: a. todtgeborene: ehelich 16, unehelich 5; b. dem Alter nach: unter 1 Jahr ehelich 86, unehelich 26, von 1—5 Jahren ehelich 70, unehelich 9, von 5—10 Jahren 24, von 10—20 Jahren 17, von 20—30 Jahren 31, von 30—40 Jahren 46, von 40—50 Jahren 36, von 50—60 Jahren 32, von 60—70 Jahren 33, von 70—80 Jahren 25, von 80—90 Jahren 12, von 90—100 Jahren 1, Summa 469 Personen. (Fremdenbl.)

△ **Breslau**, 3. Dec. [Stadtgerichts-Deputation für Vergehen.] Der heutige Tag bot ein interessantes gemischtes Ensemble für den Criminalisten und Menschenkenner, er führte Leute auf die Anklagebank, die theils im Voraus eine kleine Chronik von früheren Vergehen voraussetzen, theils durch Zurückhaltung und Scheu den ersten Anfänger vermuthen ließen. Das Benehmen auf der Anklagebank ist für die Beurtheilung von großem Einfluß, man kann bestrafte Subjecte schon daran erkennen, daß sie in juristischen terminis technicis recht wohl bewandert sind; sie beschränken sich in ihren thatsächlichen Auslassungen meist auf Wunsch der Vertheidiger auf das Allerdürftigste, um nicht in Widersprüche verwickelt zu werden. Da erscheint ein sonst ganz günstig aussehender Tischlergeselle, Namens Kalinke; ein Knebelbart à la Napoleon III., langes Haar à la Burschenschaft zieren ihn; er sieht fast aus, als wäre er nur durch ein Versehen in diese Räume gelangt und erstaunt sehen wir ihn an, als er auf die Frage, ob er schon bestraft sei, nicht „noch nie" oder „einmal", sondern „oft, sehr oft" antwortet. Er hat auch schon gestohlen, doch wollte man ihn mit dem Namen „Dieb" beehren, so würde er uns mit seinen sanften Augen gewiß sehr scharf ansehen und kaum würden wir der That entgehen, der er heute beschuldigt ist. Eines schönen Tages geht er mit seiner Meisterin, um von einem Bekannten, Krawatschke, Sachen zu holen, welche bei ihm in Verwahrung waren; als aber beide an der Thür des Biedermanns erscheinen, ist jedes auch noch so energische „Sesam öffne dich!" ohne Erfolg; der Inwohner hatte sich durch Einschließung vor jedem unliebsamen Einfall gesichert und erwartet ruhig die Belagerung. Schweres Geschütz zum Breschesschießen ist nicht vorhanden, die Thür wird aber möglichst kräftig mit den Fäusten bearbeitet, leider ohne Erfolg. Der Belagerte will zwar capituliren, geht aber auf die Bedingung der Herausgabe der Sachen nicht ein. Nun wagt Kalinke einen letzten Angriff, er entsinnt sich bei seinen Jugendstudien auch von den Steinböcken der alten Römer gehört zu haben, schleppt einen großen Stein herbei und läßt die moderne Maschine gegen die Thür spielen. Er setzt sich in Positur: Kopf zurück, rechte Schulter vor, Beine als Hebel, ein kräftiger Stoß, noch einer — die Thür bewegt sich, schwebt. Krawatschke versucht sich durchzuschlagen, aber Kalinke empfängt ihn mit erhobener Hand, sein Genie triumphirt, er hat den römischen Steinbock verbessert; während jener nur stieß, ist er mit dem seinigen auch im Stande zu schlagen. Die Maschine spielt bewunderungswürdig, Krawatschke sinkt blutend zu Boden. Schmachvoll besiegt liefert er lautlos die vertheidigten fremden Schätze aus, die Feinde ziehen siegestrunken ab, doch der Rächer folgt ihnen nach. Der Gerichtshof konnte dem Kalinke'schen Erfindungsgeist keinen Geschmack abgewinnen. Der unschuldige Schuldige verleugnet jetzt seine neue Erfindung, er ruft wiederholt aus: „Ich bin es nicht gewesen, so wahr ich hier stehe, so wahr ein Gott lebt!" Aber seine Klagen erweichen nicht der Richter Herz, traurig zieht er von dannen, als seinem langen Strafverzeichniß abermals vierzehn Tage zunotirt worden sind.

⊠ **Trebnitz**, 2. Decbr. Seit dem Auftauchen des ersten Gedankens, eine Eisenbahn von Breslau nach Posen zu bauen, hat unsere Stadt sich vielleicht mehr als andere Mühe gegeben, Eisenbahnverbindung nach Breslau zu erlangen. Es ist dies bisher aber nicht möglich gewesen, ungeachtet so viele Gründe dafür sprachen und sprechen. Immer und immer ist uns wiederholt worden, der Uebergang über unser Gebirge sei allzu schwierig und kostspielig. Eigenthümlich erscheint diese Behauptung, weil ein gründliches Studium eines solchen Ueberganges stattgefunden und jedenfalls ein eben so guter vorhanden ist, als der jetzt gewählte bei Obernigk. Rentabler aber mußte eine über Trebnitz geführte Linie offenbar werden, da sie mitten durch einen höchst fruchtbaren Kreis führte und ein weites Absatzgebiet erschloß, während jetzt der erste Theil der Breslau-Posener Eisenbahn diese an der Oder hingeführt, nahezu todt liegt, mindestens von Seiten des Trebnitzer Kreises nicht benutzt werden kann. Doch in das Unabänderliche muß man sich fügen. Als aber der Gedanke auftauchte, die Rechte Oderufer-Bahn unterhalb Breslau in die Breslau-Posener Bahn einzuführen, ergriff die Stadt auch diese Möglichkeit und ließ sogar eine von Oels über Trebnitz nach Schebitz führende Linie studiren und chartiren. Auch diese Illusion ging vorüber, denn sobald diese Bahn auf eigene Füße gestellt wurde, war natürlich die direkte Führung nach Breslau unabweisbare Nothwendigkeit. Aber gerade hierin erschien ein neuer Moment gegründeter Hoffnung. Es konnte der Aufmerksamkeit der hier Interessirten nicht entgehen, daß die eigentliche Lebensfähigkeit der Rechten Oderufer-Bahn hauptsächlich in der Möglichkeit basire, Massentransporte von Rohproducten auf kürzerem Wege, also billiger, aus Ober-Schlesien nach Berlin zu fördern, als ihre Concurrentin, die Oberschlesische und Märkische Bahn, sobald eine Fortführung von Oels ab über Glogau nach Frankfurt ausgeführt würde, denn ein Blick auf die Karte zeigt, daß dies fast eine schnurgrade Linie ist. Eben deshalb aber ist sie unbedingt Nothwendigkeit und ihre Herstellung höchstens eine Frage der Zeit, denn die Erfahrung lehrt, daß die Neuzeit die alte Maxime, eine Bahn in der möglichsten Schlangenlinie zu führen, um gleichzeitig die getrenntesten Verkehrspunkte zu berühren, vollständig aufgegeben hat. Diese gerade Linie führt nun wieder über Trebnitz, wieder über das Trebnitzer Gebirge. Immer das Erreichbare erstrebend, wies zuerst ein bewährter Sachverständiger unter unsern Mitbürgern nach, daß ein nicht zu schwieriger Uebergang über das Gebirge auf diesem Tractus von der Natur gleichsam vorbereitet sei, so daß der Bahnhof in unmittelbarer Nähe des bekannten, vielbesuchten Buchenwaldes zu liegen kommen würde und daß von hier ab schon ein Anschluß an die Breslau-Posener Bahn in Trachenberg und an die Rechte Oder-Ufer-Bahn bei Sybillenort, als kürzeste Zwischenstationen, gewinnversprechend sei. Die hierüber ausgearbeitete und den geeigneten Stellen unterbreitete Denkschrift vermochte zwar nicht, eine rege Theilnahme zu erwecken, aber der Gedanke ward darum nicht aufgegeben. Im Gegegentheil nahm er um so festere Gestalt an, als jetzt die Baulinie der rechten Oder-Uferbahn noch hinter die Chaussee von Breslau nach Oels gelegt und eine Bahnlinie Glogau-Crossen von den interessirten Städten eifrigst betrieben wurde. Jetzt konnte also nur noch von einer Bahn, Oels-Glogau die Rede sein und auf

nochmalige Anregung unseres Magistrats erklärten zunächst die Nachbarstädte Oels, Prausnitz und Trachenberg ihre bereitwilligste Theilnahme und die Bereitwilligkeit, auch materielle Opfer zur Förderung des großen Zieles bringen zu wollen. Zu bestimmter Gestaltung kamen am 18. September d. J. in Trebnitz offizielle Vertreter der genannten vier Städte zu einer Conferenz zusammen. Diese beschlossen diese Angelegenheit fortan mit vereinten Kräften zu betreiben und vor Allem die Städte Winzig, Köben und Glogau zum Beitritt aufzufordern und dann ihre Thätigkeit auf die ganze Linie Oels-Glogau auszudehnen. Zur vorläufigen Geschäftsführung wird ein Ausschuß mit dem Sitze in Trebnitz gewählt. — So scheint endlich das lange nebelhaft erschienene Bild eine greifbare Gestalt anzunehmen. — Jetzt haben dem Unternehmen die Städte Glogau, Köben und Guhrau sich angeschlossen. — Möge seinen Urhebern die Freude werden, ihn auch noch wirklich ausgeführt zu sehen und im Emporblühen des allgemeinen Wohlstandes den Lohn für ihre Thätigkeit und Mühen zu finden.

Canth, 1. Decbr. [Eine Bürgerversammlung.] Die fortwährenden Klagen über unsere schlechten Wege ließen schon vor 3 Jahren das Project einer Chaussee auftauchen. Wegen Mangel an Betheiligung mußte der Bau der längeren Strecke unterbleiben. Da nahm die Stadt die Sache allein in die Hand unter allgemeiner Zustimmung der Bürgerschaft, schickte eine Deputation an den Minister, welcher, wie auch die Regierung nach ergangener Untersuchung, die Vorlage genehmigte und Staatshilfe zusagte. Nachdem so Alles einstimmig angenommen und auch auf Befragen der Behörde das Geld zu vortheilhaften Bedingungen besorgt war, berief Herr Ed. Warschauer gestern eine Bürgerversammlung in den Gasthof zur „Hoffnung", um eine Petition zur Unterschrift vorzulegen, in welcher die städtischen Collegien aufgefordert werden, das ganze Project als verderblich für die Bürger, fallen zu lassen. Nachdem Herr Warschauer als Präsident, und auf seinen Vorschlag ihm Herr Gustav Prietzel und Ernst Koppe zu Beisitzern gewählt waren, verlas der erstere eine Rede, deren Inhalt kurz folgender war: Magistrat und Stadtverordnete hätten beschlossen, auf alleinige Kosten der Stadt eine Chaussee zu bauen von Bahnhof Canth bis gegen Gnichwitz hin. Das sei verderblich für die Stadt, weil dieselbe keine Procente bringen werde. Der Grund liege hauptsächlich in der neu zu bauenden Bahn von Breslau-Strehlen-Glatz-Wildenschwerdt, welche uns 60% der hiesigen Frachten entziehen würde. Das zeige auch das Fallen der Freiburger Eisenbahnactien. Man möge fragen, was die Chaussee von Neumarkt nach Stephansdorf, die Breslau-Berliner, die Breslau-Schweidnitzer Chaussee brächten, die Activa seien gleich Null. Es sei also ein sehr gewagtes Unternehmen, denn Zollhäuser wären eine Sperre für die Stadt. Der hiesige Landmann fährt lieber viel um, auf schlechten Wegen, als daß er 1 Sgr. Zoll bezahle. Außerdem würden seine Producte draußen ebenso bezahlt, und er bekäme seine Bedürfnisse draußen eben so gut und eben so billig wie hier in der Stadt. Man möchte daher das Geld lieber für Unglücksfälle, Brandunglück à la Hamburg, Pest oder Epidemien, wo die halbe Bürgerschaft untergehen könne, aufbewahren. Machen wir nur die Wege gut auf städtischem Terrain. Unterzeichnen Sie meine Petition, welche dann bei den Vätern der Stadt Gehör finden wird. — Darauf verlas er die Petition. Es antwortete Herr Dr. Stadthagen: Es werde ihm schwer, auf das Gehörte ernst zu antworten, der größte Theil seien nur Redensarten, und in den Sitzungen der Collegien längst durchgesprochen. Die Herren Petenten hätten sich nur in diesen öffentlichen Sitzungen einfinden dürfen, wo sie dann Zahlen gehört hätten, welche ihre Ansicht wohl ändern würden. Die Ehre der Stadt erfordere den Bau, denn es gebe fast kein Städtchen mehr ohne eine solche, und nachdem man für die Genehmigung des Baues den Minister gebeten, solle man jetzt petitioniren, den Bau zu unterlassen. Wie dies bei solchen Gelegenheiten immer geschieht, man sehe Gespenster, diese spukten aber nur im Finstern, und die Vernunft sei die Fackel, sie zu verjagen. Man solle doch nicht glauben, daß im Magistrat und in der Stadtverordneten-Versammlung lauter Kobolde säßen, welche nur die Stadt zu Grunde richten wollten. Er erinnerte auch an einen Vertrag — und der Bürgermeister bestätigte seine Aussage — wonach die Hutungsberechtigten die Wege im Stande halten müßten, es würden also die Häuser derselben, wenn eine solche Last darauf gelegt würde, entwerthet. Redner hielt auch die Gutsbesitzer für intelligenter, als daß sie wegen des geringen Zolles schlechte Wege der Chaussee vorziehen und Zeit versäumen würden. Warschauer antwortet und bleibt bei seiner Ansicht, daß ein Zollhaus allen Verkehr abschneiden würde. Er geht sogar so weit, zu behaupten, daß, wenn eine Actiengesellschaft diese Chaussee bauen wolle, die Stadt dieses Project mit allen Mitteln hintertreiben müsse. Herr Robert Arnold sprach noch für die Petition, indem er meinte, die Stadt würde dann allen Credit verlieren, die Communallasten würden erhöht werden müssen, was jeden Anziehenden abschreckte; bei solchen Aussichten bliebe die Vernunft im ..... stecken. Mehrere Redner sprachen noch dagegen, doch wurde die Versammlung so tumultuarisch, daß sie vom Bürgermeister von Polizei wegen aufgelöst wurde.

⊙ **Waldenburg**, 3. Decbr. [Waldenburger Lehrer-Verein. — Installation. — Sonntagsschule. — Gewerbevereins-Stiftungsfest.] Der Waldenburger Lehrer-Verein hat nun schon eine kleine Reihe von Sitzungen hinter sich. Die Vorträge, z. B. „Bolko I. von Schweidnitz", ein culturhistorisches Bild, — „vor welchen Fehlern hat sich der Lehrer in seinem Amte zu hüten?" regten die lebhaftesten Debatten an. Die Mitgliederzahl wächst. — Vorgestern fand die Installation des aus Neusalz berufenen Diaconus Schulze als Pastor sec. an hiesige evangelische Kirchgemeinde in hiesiger evangelischen Kirche durch den Herrn Superintendent und Pastor Bäd aus Striegau unter Assistenz der Herren Pastor prim. Heimann von hier und Pastor Booß aus Salzbrunn in feierlichster Weise statt. Der Neueingeführte hielt sodann die Liturgie und seine Installationspredigt. Nächsten Donnerstag soll zu Ehren des neuen Pastors ein Festessen im Saale des Gasthofs zum goldenen Schwert stattfinden. — Letzten Sonntag Nachmittag fand die Prüfung hiesiger jetzt 69 Schüler zählenden Handwerker-Fortbildungsschule unter Vorsitz des Herrn Rector Gramm statt. Die angefertigten Zeichnungen und die durch dieselben erlangten Prämien, sowie die Zeichnungen der Gesellen-Zeichnenschule waren ausgelegt. Die an 4 Schüler zu ertheilenden Prämien bestehen aus Sparkassenbüchern zu je 1 mit 4, 2 mit je 3 und 1 zu 2 Thlr. Das neue Schuljahr beginnt Sonntag nach Neujahr. — An demselben Tage Abends fand das Gewerbevereins-Stiftungsfest statt. Es konnte der 10. Geburtstag des jetzt 180 Mitglieder zählenden Vereins gefeiert werden. Nach verschiedenen geschäftlichen Mittheilungen wurde wieder ein von Herrn Domel unentgeltlich gedrucktes, von verschiedenen, wie es im Wochenblatte heißt, Gelehrten des Gewerbevereins zusammengestelltes humoristisches Wochenblatt (diesmal Nr. 3) vorgelesen und vertheilt. Gesänge, Toaste, freie Vorträge und des Scherzes gar viel wechselten mit einander ab und hatte erst lange nach Mitternacht das Fest ein Ende.

□ **Aus dem Eulengebirge**, 2. Decbr. [Graf Louis Pfeil.] Ein Correspondent aus Berlin berichtete Ihrer Zeitung vor einigen Tagen, daß der Graf Pfeil auf Gnadenfrei in einem Verein einen Vortrag über den Hypotheken-Credit gehalten habe. Wir bemerken dazu, daß Herr Graf Pfeil nicht auf Gnadenfrei seine Wohnung hat (das heißt nach dem üblichen, aber gewiß sehr incorrecten Sprachgebrauch Dominialbesitzer des Ortes ist, sondern nur in Gnadenfrei domicilirt. Derselbe Herr Graf L. Pfeil machte sich vor Jahren bemerkbar, als er im Abgeordnetenhause seine Praxis in der Polizeiverwaltung entwickelte, die nach eignem Geständniß nicht ganz mit den darüber bestehenden Gesetzen im Einklang sich befand. Später machte Herr Graf Pfeil Entdeckungen in der Astronomie. Er hielt in Berlin einen Vortrag über Kometen und ließ eine Brochüre über diesen Gegenstand erscheinen. Die jetzt entwickelten Ansichten des Herrn Grafen über die Aushilfe im Hypotheken-Creditwesen haben allgemein Staunen erregt. Man war sonst gewohnt, die Ursache des schweren Credites auf Grundstücke in der Umständlichkeit zu finden, Capitalien, die auf Grundstücke beliehen worden sind, flüssig zu machen. Nun deducirt der Herr Graf, daß es vortheilhaft erscheine, solche Capitalien überhaupt unkündbar zu machen. Vielleicht wird zur practischen Ausführung der Idee des Herrn Grafen von ihm ein Gesetzentwurf erscheinen, welcher Capitalisten verpflichtet, ihr Vermögen in unkündbaren Hypotheken anzulegen.

8 **Ohlau**, 2. December. Am verflossenen Sonnabende feierte der hiesige Männergesangverein unter Leitung seines tüchtigen Dirigenten, Herrn Cantor Drischel, seinen ersten diesjährigen sogenannten Familienabend. Außer Chorgesängen kamen Solis, Soli-Quartetten, declamatorische und humoristische Vorträge zur Aufführung. Referent fühlt sich gedrungen, die Gediegenheit der Leistungen in jeglicher Beziehung zur weiteren Kenntniß zu bringen.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 3 Decbr. 10 U. Ab.	331,90	—1,0	W. 1.	Bewölkt.
4 Decbr. 6 U. Mrg.	333,88	—1,6	W. 1.	Trübe.

Breslau, 4. Dec. [Wasserstand.] O.-P. 15 F. 11 Z. U.-P. 2 F. 4 Z. Eisstand.

Telegraphische Witterungsberichte vom 3. December.

Mrg.	Ort.	Baromet. Pariser Linien.	Therm. Reaum.	Wind, Richtung und Stärke.	Allgemeine Himmels-Ansicht.
6	Memel	329,4	3,2	SW., s. stark.	Bedeckt.
7	Königsberg	330,9	1,1	SW., stark.	Heiter.
6	Stettin	331,3	0,2	W., mäßig.	Bedeckt, gest. Ab. Strm.
—	Ratibor	325,0	1,6	S., s. schw.	Wolkig.
—	Münster	331,1	6,0	W., schwach.	Trübe.
—	Trier	328,6	—0,9	S., schwach.	Bedeckt.
—	Flensburg	330,0	1,5	N., lebhaft.	Bew., Nacht Schnee.
8	Paris	—	—	—	—
—	Haparanda	—	—	—	—
—	Helsingfors	—	—	—	—
—	Petersburg	—	—	—	—
—	Moskau	—	—	—	—
—	Stockholm	329,4	—3,8	NNW., mäßig.	Bedeckt, Schnee.*)
—	Skudesnäs	—	—	—	—

*) Gestern Schnee, Wind NNO. strk., gest. Abend Wind NNO. mäßig. Maxim. +3,0. Minim. +3,0.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Wolff's Telegr. Bureau.)

Paris, 3. Decbr., Nachm. 3 Uhr. Wenig fest. Consols von Mittags 1 Uhr waren 93¾ gemeldet. Schluß-Course: 3proc. Rente 69, 17½. Italienische 5proc. Rente 46, 30. Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Actien 521, 25. Credit-Mobil.-Actien 170, 00. Lomb. Eisenbahn-Actien 355, 00. Oesterr. Anleihe von 1865 pr. cpt. 337, 50. 6% Vereinigte Staats-Anleihe pr. 1882 (ungest.) 80⅝.

London, 3. Decbr., Nachm. 4 Uhr. Schluß-Course: Consols 93⅛. 1proc. Spanier 35 13/16. Italienische 5proc. Rente 46 5/16. Lombarden 14 3/16. Mexicaner 16⅝. 5% Russen 86. Neue Russen 85. Silber 60 7/16. Türkische Anleihe von 1865 33¼. 6% Ver.-St.-Anl. pro 1882 71 9/16. — Aus der Bank sind 200,000 Pfd. St. geflossen. — Feuchtes Wetter.

Frankfurt a. M., 3. December, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schluß-Course: Wiener Wechsel 99. Oesterreich. 5% Anleihe von 1859 61¼. Oesterreichische National-Anleihe 54½. 5% Metalliques —. Oesterr. 5% steuerfr. Anleihe 49¾. 4½% Metalliques 41⅝. Finnländische Anleihe —. Neue Finnländische 4½% Pfandbriefe —. 6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 76⅛. Oesterreich. Bank-Antheile 670. Oesterr. Credit-Actien 180. Darmstädter Bank-Actien 201½. Rhein-Nahebahn —. Meininger Credit-Actien 89¼. Oesterr.-Franz.-Staatsbahn 241½. Oesterreich. Elisabethbahn 116. Böhmische Westbahn — —. Ludwigshafen-Bexbach 154. Hessische Ludwigsbahn 128 Darmstädter Zettelbank 245. Kurhessische Loose —. Baierische Prämien-Anleihe 98⅛. Neue Badische Prämien-Anleihe 95⅝. Badische Loose 51¼. 1854er Loose 63 1860er Loose 70⅞. 1864er Loose 74¾. Neue Spanier — —. Wenig Nachfrage. Nach Schluß der Börse unverändert.

Frankfurt a. M., 3. December, Abends. [Effecten-Societät.] Amerikaner lebhaft. Amerikaner 76⅝. Credit-Actien 180. Steuerfreie Anleihe 49½. 1860er Loose 70⅝. Anleihe von 1859 — —. Staatsbahn 241½.

Wien, 3. December. [Abendbörse.] Credit-Actien 182, 75. Nordbahn 169, 50. 1860er Loose 83, 40. 1864er Loose 75, 60. Böhmische Westbahn —, —. Franz-Josephs-Bahn —, —. Staatsbahn 243, 20. Galizier 203, 25. Steuerfreies Anlehen —, —. Napoleonsd'or 9, 65. Lombarden —, —. Ungar. Credit-Actien —, —. Baisse ohne bekannten Grund.

Hamburg, 3. December, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Angenehm. Oesterr.-französische Staatsbahn 509. Italienische Rente 44½. Lombarden 351. — Schluß-Course: Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 85. National-Anleihe 56½. Oesterreich. Credit-Actien 76⅛. Oesterreich. 1860er Loose 70. Vereinsbank 110½. Norddeutsche Bank 118½. Rheinische Bahn 118½. Nordbahn 96. Altona-Kiel 123¾. Finnländ. Anleihe 81. 1864er Russ. Prämien-Anleihe 96. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 90⅛. 6proc. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 69¾. Disconto 3 %.

Hamburg, 3. Decbr. Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Termin-Getreide ohne Kauflust. Weizen loco flau, Roggen loco matt ab auswärts behauptet. Weizen per Decbr. 5400 Pfd. Netto 164 Bankothaler Br., 163½ Gld., per Dezbr.-Jan. 162 Br., 161½ Gld. Roggen pr. Decbr. 5000 Pfd. Brutto 134 Br., 133 Gld., pr. Decbr.-Jan. 132½ Br., 132 Gd. Hafer flau. Rüböl flau, loco 22¼, pr. Mai 23⅛. Spiritus ohne Kauflust. Kaffee angenehmer. Zink geschäftslos.

Manchester, 3. Dec., Nachm. Garne, Notirungen pr. Pfund: 30r Mule gute Mittelqualität 10 d. 30r Water, bestes Gespinnst 13 d. 40r Mayoll 11¼ d. 40r Mule, beste Qualität wie Taylor rc. 13 d. 60r Mule, für Indien und China passend 15 d. Stoffe, Notirungen per Stück: 8¼ Pfund Shirting prima Calvert 117 d. 8¼ Pfund gewöhnliche gute Makes 111 d. 34 inches 17/17 printing Cloth 9 Pfd. 2—4 cz. 127 1/1 d. — Ruhig, weil die Posten fehlten. Schlechtere Berichte aus Indien drückten.

Liverpool, 3. December, Mittags. Baumwolle: 8000—10,000 Ballen Umsatz. Flau. New-Orleans 7⅝. Georgia 7⅝. Fair Dhollerah 5¾. Middling fair Dhollerah 5⅜. Good middling Dhollerah 5⅛. Bengal 4½. Good fair Bengal 5. Fine Bengal —. New fair Domra 5⅝. Fair Domra —. Good fair Domra 5⅞. Pernam 8. Egyptian —. Smyrna 6.

Antwerpen, 3. Dec. Die Bank hat den Discont von 3 auf 2½ % herabgesetzt.

New-York, 3. Decbr., Abends. Wechsel auf London 109½, Goldagio 36⅞, Bonds 108, Illinois 134½, Erie 71½, Baumwolle 15¾, Petroleum 26. — Plymouth heißt Westindiendampfer Sicht.

Paris, 2. Decbr., Nachmitt. (Durch Linienstörung verspätet.) Rüböl pr. Novbr. 93, 25, pr. Novbr.-Dezember 93, 50, pr. Januar-April 92, 50. Mehl pr. November 89, 50, pr. Novbr.-Dezbr. 87, 75. Spiritus pr. November 63, 50.

Berlin, 3. Dec. Die besseren Pariser Notirungen, die wohl zumeist der dortigen Liquidation ihre Entstehung verdankten, übten auf die davon abhängigen Papiere insoweit Einfluß, als der Coursstand derselben sich auch hier höher gestaltete, ohne daß aber eine dem entsprechende Rührigkeit im Verkehr damit Hand in Hand gegangen wäre. Ueberhaupt erschien die Stimmung heute abgeschwächt und es läßt sich so eigentlich weder eine Devise als tonangebende noch als besonders rege bezeichnen, worauf wohl die noch immer in der Luft schwebende Conferenzfrage mitgewirkt haben mag; auch wollte man wissen, daß sich Preußen der Beschickung der Conferenz eher ab- als zuwende. Von den Eisenbahnactien wären ebenfalls Oberschles. A. und C. hervorzuheben, von denen zu erhöhten Preisen Posten aus dem Markt genommen wurden, schließlich ermatteten aber auch sie; Rheinische und Köln-Mindener hielten sich nächst ihnen noch ziemlich fest bei mäßigen Umsätzen, Bergische waren hingegen auch heute eher in flauer Haltung und von den gestern beachteten Rhein-Nahe machte sich heute die kleine Speculation wieder mehr los, so daß der letzten Steigerung der Coursdruck bei der Mehrzahl der Umsätze auf dem Fuße gefolgt ist. Von den fremden Bahnpapieren setzten, wie anfangs bemerkt, Franzosen und Lombarden, bei noch immer größerem Verkehr als in anderen Effecten, höher ein, drückten sich dann aber ein wenig; Galizier und Westbahn verkehrten billiger. Ital. hielten etwa den Cours von gestern, und Amerikaner still, holten die bessere Notiz des Vortages. Rege Frage zu erhöhtem Preise fand die Badische Prämien-Anleihe, auch die Bergische blieb zu jüngstem Preise verkäuflich. Von den russischen und polnischen Effecten bezahlte man die gangbareren nicht selten theurer, auch hier waren die Prämien-Anleihen beliebt. Rumän. 63¾ bez. u. Gd. Oesterr. Fonds drückten sich. Oesterr. Credit ging nach und nach beträchtlicher im Course zurück. Die in letzter Zeit beliebteren Prioritäten fanden auch heute Beachtung, und erwartet man, daß die morgige Subscription auf die 5proc. österr. Südbahn-Prioritäten eine sehr lebhafte Betheiligung finden werden. Preuß. Anl. waren fest, aber still, dasselbe gilt vom Verkehr in Wechseln. — Prämien für Amerikaner pr. ult. Dec. 77—1 Br., pr. ult. Januar 1868 77¼—1¼, pr. ult. Febr. 77¾—1½. (B.- u. H.-Z.)

[**Hagel-Versicherungs-Actien-Gesellschaften.**] Nachdem nunmehr die geschäftlichen Uebersichten der diesjährigen Campagne bei allen deutschen Hagel-Versicherungs-Actien-Gesellschaften festgestellt worden sind, läßt sich mittheilen, daß alle ziemlich gleichmäßig mit Verlust gearbeitet haben und keine einzige sich in der Lage befinden wird, ihren Actionären pr. 1867 eine Dividende zu zahlen. Nur die in Weimar domicilirende „Union", welche nach ihren Statuten, so lange noch ein Bestand im Reservefonds ist, diesen zur Zinszahlung an die Actionäre verwenden muß, wird 5 pCt. Zinsen gewähren. (B. B.-Z.)

[**Kreuzermarken bei Postversendungen in Preußen.**] Auf eine Anfrage wurde folgende Antwort ertheilt: „Einer Wohllöbl. Handelskammer theile ich auf das geehrte Schreiben vom 14. d. M., die Verwendung von Kreuzermarken zum Frankiren von Postsendungen betreffend, ergebenst mit, daß das königl. General-Postamt in Berlin auf eine desfallsige Anfrage folgenden Bescheid erlassen hat: Die preußischen Freimarken und Franco-Couverts der süddeutschen Gulden-Währung sind nur zur Frankirung solcher Postsendungen bestimmt, deren Einlieferung bei einer Postanstalt erfolgt, welche mit dieser Währung rechnet. Wenn in den Gebieten der Thaler-Währung zur Frankirung der Postsendungen Freimarken oder Franco-Couverts der süddeutschen Gulden-Währung verwendet werden, welche nach genauer Reduction in die Thaler-Währung den Betrag des Porto's in Groschen nicht decken, so ist die betreffende Sendung als ungenügend frankirt zu behandeln, und demgemäß, unter Berücksichtigung des Werthes der zu verwendenden Freimarken, der fehlende Betrag nachzuerheben, wobei Beträge unter ¼ Sgr. oder unter 1 Kreuzer auf volle Viertel-Silbergroschen oder Kreuzer aufwärts abzurunden sind. — Wird die Sendung am Schalterfenster eingeliefert, so ist am Aufgabeort der fehlende Betrag vom Absender baar nachzuerheben, im anderen Falle aber auf der Sendung auszutaxiren und am Bestimmungsorte vom Adressaten einzuziehen. In gleicher Weise ist zu verfahren, wenn in den Gebieten der Gulden-Währung zur Frankirung der Sendungen preußische Marken oder Couverts der Groschen-Währung in unzureichendem Betrage verwendet werden.

General-Post-Amt. gez. v. Philipsborn."

Berliner Börse vom 3. December 1867.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	Cours
Freiw. Staats-Anl.	4½	97⅞ B
Staats-Anl. von 1859	5	103¼ bz.
dito 1854. 55. 57	4½	97⅞ bz.
dito 1859	4½	97⅞ bz.
dito 1856	4½	97⅞ bz.
dito 1864	4½	97⅞ bz.
dito 1867	4½	97⅞ bz.
dito 1850/52	4	90½ bz.
dito 1853	4	90⅛ bz.
dito 1862	4	90⅛ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	83¾ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	117 bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	97½ B.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	76½ bz.
Pommersche	3½	76½ bz.
Posensche	4	— — —
dito	3½	— — —
dito neue	4	85½ bz.
Schlesische	3½	85⅝ G.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	91 bz.
Pommersche	4	90¾ bz.
Posensche	4	89¾ bz. u. G
Preussische	4	89¾ bz.
Westph. u. Rhein.	4	92¾ bz.
Sächsische	4	91¼ bz.
Schlesische	4	91½ B.
Louisd'or 112½ G.		Oest.Bk. 84⅞ bz
Goldkr. 9. 9½ G.		Poln.Bkn. — —

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oesterr. Metalliques	5	48½ bz.
dito Nat.-Anl.	5	56 bz.
dito Lot.-A.v.60	5	70¾ bz.
dito dito 64	—	43 bz.
dito 54er Pr.-A.	4	63¼ G
dito Eisenb.-L.	—	72¾ B.
Ital. neue 5proc. Anl.	5	45⅝ bz.
Russ. Engl. Anl. 1862	5	85½ etw b.u.B
dito Poln. Sch.-Obl.	4	63½ bz.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	57⅜ bz.
Liqu. Pfandbr.	4	48¾ à ⅞ bz
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	93½ G.
dito à 200 Fl.	5	91½ G.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	— — —
Baden. 35 Fl. Loose	—	29¼ bz.
Amerikan. St.-Anl.	6	76¾ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	Cours
Berg.-Märkische	4½	95 B.
dito II.	4½	93¾ B.
dito IV.	4½	— — —
dito III.v.St.3½g.	3½	77¼ B.
Cöln-Minden	4½	97½ B
dito II.	5	102 bz.
dito	4	84½ B.
dito III.	4	83 G.
dito	4½	93¾ bz.
dito IV.	4	83⅛ bz.
dito V.	4	83 bz.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	5	84½ bz.
dito III. Em.	4½	87 G.
dito IV. Em.	4½	— — —
Gal. Ludwigsb.	5	81 bz. u. G.
Niederschl.-Märk.	4	87 G.
dito conv.	4	87½ B.
dito III.	4	84 G.
dito IV.	4½	— — —
Ndschl. Zweigb. Lit. C.	5	99½ bz.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	78 G.
dito C.	4	85¼ bz.
dito D.	4	85¼ bz.
dito E.	3½	78 bz
dito F.	4½	93¾ G
dito G.	4½	92½ B.
Oestr.-Franz.	3	254 à 253 bz.
Oest. südl. St.-B.	3	216 bz.
Rhein. v. St. gar.	4½	86¼ G.
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	93½ G.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1865	1866	Zf.	Cours
Aachen-Mastricht	—	—	4	29 bz.
Amsterd.-Rottd.	7¼	6⅔	4	103¼ bz.
Berg.-Märkische	9	8¼	4	139½ à ¼ bz.
Berlin-Anhalt	13	16	4	222 bz.
Berlin-Görlitz	—	—	4	78¾ bz.
dito St.-Prior.	—	—	5	97 bz.
Berlin-Hamburg	9½	9	4	161½ bz.
Berl.-Potsd.-Mgd.	16	12	4	221 bz.
Berlin-Stettin	8	8 7/12	4	137 bz. u. B.
Böhm.-Westb.	—	—	5	62¼ bz.
Breslau-Freib.	9	9⅓	4	127¾ bz. u. B.
Cöln-Minden	17½	9	4	143¼ bz.
Cosel-Oderberg	2¾	3⅓	4	75⅝ bz.
dito St.-Prior.	—	4½	4½	85⅝ B.
dito dito	—	5	5	91 bz.
Galiz.Ludwigsb.	5	—	5	85⅝ bz
Ludwigsh.Bexb.	10	10⅔	4	153 G.
Magd.-Halberst.	15	—	4	168 bz.
Magd.-Leipzig	20	—	4	261 B
Mainz-Ludwigsh.	8	—	4	127½ bz.
Mecklenburger	3	3	4	72⅞ bz.
Neisse-Brieger	5 5/12	—	4	93¼ bz.
Niedrschl. Märk.	—	4	4	88½ B
Niedrschl. Zwgb.	3⅔	5	4	77⅞ bz.
Nordb. Fr.-Wilh.	4	—	4	96¾ bz.
Oberschl. A.	13⅖	12	3½	199⅞ bz. u. B.
dito B.	13⅖	12	3½	178½ bz.
dito C.	13⅖	12	3½	199⅞ bz. u. B.
Oestr.-Fr. St.-B.	5	—	5	138¼ à 37¾ bz
Oestr. südl.St.-B.	7½	—	5	[illegible]
Oppeln-Tarnow.	3¼	—	5	73½ bz. u. B.
R. Oderuf.-St.-A.	—	—	5	73½ bz. u. B.
R. Oderuf. St.-Pr.	—	—	5	81¼ bz
Rheinische	7	—	4	120¼ à 20 bz.
dito Stamm-Pr.	7	—	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	0	4	28½ à ¼ à ½ bz
Stargard-Posen	4½	4½	4½	93½ bz.
Thüringer	—	—	4	131 B.
Warschau-Wien.	8⅔	—	5	61¾ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

	1865	1866	Zf.	Cours
Berl. Kassen-V.	8¼	12	4	162½ G.
Braunschw. B.	—	0	4	95 etw. bz.
Bremer Bank	6½	8	4	116½ G.
Danziger Bank	7 8/10	8	4	111½ G.
Darmst. Zettelb.	7½	4	4	98½ G.
Geraer Bank	7⅝	7⅞	4	102 G.
Gothaer „	7½	5	4	91 B.
Hannoversche B.	4	5⅓	4	79 bz.
Hamb. Nordd. B.	9	8½	4	116¼ G.
„ Vereins-B.	8 10/12	10 [illegible]	4	111 G.
Königsberger B.	6½	7 7/10	4	112 G.
Luxemburger B.	6	8	4	80 G.
Magdeburger B.	5½	5	4	88¾ etw bz.
Posener Bank	6½	7⅛	4	101 etw. bz.
Preuss. Bank-A.	10 14/15	13⅛	4½	154½ bz u. G.
Thüringer Bank	4	4	4	65 G.
Weimar „	6⅔	4¼	4	81 B.
Berl. Hand.-Ges.	8	8	4	109¼ bz.
Coburg Credb.A.	8½	4	4	72 etw. bz
Darmstädter „	8½	4½	4	80½ bz. u. G.
Dessauer „	—	0	—	2¼ bz.
Disc. Com.-Anth.	6½	8	4	107⅝ bz.
Genfer Credb.-A.	—	0	4	24⅜ bz.
Leipziger „	6	—	4	84½ B
Meininger „	7	—	4	91½ etw.bz u.G.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	13⅞ bz.
Oesterr.Credb.A.	4½	—	5	77¼ à 76¾ bz.
Schl. Bank.-Ver.	7½	7½	4	113¼ G.
Minerva	1	—	5	28½ G.
Fbr. v. Eisenbdf.	5½	16	5	133½ etw.bz.u.G.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10 T	142⅞ bz.
dito dito	2 M.	142¼ bz.
Hamburg 300 Mk.	8 T.	151¾ bz.
dito dito	2 M.	150 bz.
London 1 Lst.	3 M.	6. 24¼ bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	81½ bz.
Wien 150 Fl.	8 T.	84¾ bz.
dito	2 M.	84⅛ bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M	56. 24 G.
Leipzig 100 Thlr.	8 T	99⅝ G.
dito dito	2 M	99 [illegible] G.
Frankfurt a. M. 100 Fl.	2 M	56. 26 G
Petersburg 100 S.-R.	3 W	92¾ bz.
dito dito	3 M	91⅛ bz.
Warschau 90 S.-R.	8 T	83¾ bz.
Bremen 100 Thlr. Gold	8 T	111¼ bz.

Berlin, 3. December. Weizen loco 86—105 Thlr. nach Qualität. — Roggen loco 78—80pfd. 74—75 Thlr. ab Bahn und frei Haus bez. — Rüböl loco 10⅔ Thlr. Br. — Spiritus loco ohne Faß 20 5/12—20 Thlr. bez., pro Dez. und Dec.-Jan. 20⅙—20 Thlr. bez. und Gld., 1/12 Thlr. Br., Jan.-Febr. 20¼—⅙—¼ Thlr. bez., April-Mai 21—20 11/12 Thlr. bez. und Gld., 21 Br., Mai-Juni 21⅙—1/12 Thlr. bez.

⊕ **Breslau**, 4. December. Am heutigen Markte blieb die Nachfrage für Getreide sehr beschränkt, Preise schwach behauptet.

Weizen flaue Stimmung, pr. 84 Pfund schlesischer weißer 100—113 Sgr., gelber 99—109 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt. — Roggen schwach preishaltend, pr. 84 Pfund 84 bis 86 Sgr., feinste Sorte 87 Sgr. bezahlt. — Gerste matt, pr. 74 Pfd. gelbe 56—58 Sgr., helle 60—62 Sgr., weiße 65—67 Sgr., feinste Sorte über Notiz bez. — Hafer ruhig, pr. 50 Pfd. 36—37 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Erbsen offerirt. — Wicken beachtet, pr. 90 Pfund 56 bis 60 Sgr. — Oelsaaten flauer. — Lupinen leicht verkäuflich, pr. 90 Pfund gelbe 46—50 Sgr., blaue 43—47 Sgr. — Bohnen behauptet, pr. 90 Pfd. 85—100 Sgr. — Schlaglein mehr Frage. — Rapskuchen gute Kauflust, 64 bis 67 Sgr. pr. Ctnr.

	Sgr. pr. Schffl.		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Weißer Weizen	100—108—113	Schlag-Leinsaat	180—194—203
Gelber Weizen	99—105—111	Winter-Raps	188—192—202
Roggen	84—85—87	Winter-Rübsen	176—186—190
Gerste	56—61—67	Sommer-Rübsen	158—168—178
Hafer	36—37—38	Leindotter	158—168—174
Erbsen	74—77—80		

Kleesaat, rothe wenig zugeführt, 13½—14½—15½ Thlr. pr. Ctr., weiße ohne Angebot, 19—20 Thlr. pr. Ctr., hochfein über Notiz.

Thymothee ohne Zufuhr, 9—10—10½ Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. 28—38 Sgr., Metze 1¾—2 Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.